

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.  
(davon 80 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Beitrag 4,32 M. einschließlich 80 Pf.  
Anzeigen- und 72 Pf. Postgebühren.  
Auslandsabonnements 6.- M.  
pro Monat; für Bänder mit ermäßig-  
tem Postzuschuss 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, Illustriertes Sonntagsbeilage  
„Welt und Zeit“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernr. Dönhof (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57598. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3 Tel. B. u. Disc.-Gel., Depositenk., Zentralamer. Str. 65-66.

Freitag  
27. November 1931

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Nummern kosten 10 Pf.  
Bestimmte Zeitungen 2.- M. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Blatt 25 Pf.  
(jeweils zwei fertige Blätter). Jedes  
weitere Blatt 12 Pf. Monat 1. Tarif.  
Einzelnblätter das erste Blatt 10 Pf.,  
jedes weitere Blatt 10 Pf. Monats  
15. Buchstaben zählen für zwei Monate.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäftsbüro Lindenstr. 3. wochentäg-  
lich von 9 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Wiederveröffentlichung nicht genehmigter Auszüge vor!

# Dutschist Best gesteht!

## Protest des hessischen Innenministers gegen den Oberreichsanwalt.

Darmstadt, 26. November.

Von der Gaupressestelle der NSDAP wird eine längere Er-  
klärung verbreitet, wonach Dr. Werner Best, der als Ver-  
fasser des Manifestes gilt, das der preussische Innenminister ver-  
öffentlicht hat, am Donnerstagnachmittag auf der Gauleitung in  
Darmstadt eine formulierte Erklärung abgab:

„Ich bin der Verfasser eines Entwurfs“, so jagt die Er-  
klärung, „von dem Einzelheiten in dem von dem preussischen Innen-  
minister der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils ge-  
ändert wiedergegeben sind. Als um den 1. August d. J. all-  
gemein ein kommunistischer Aufstand erwartet  
wurde und von den Dienststellen der NSDAP keine Weisungen  
für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich ohne Auftrag  
und ohne Zuhilfenahme mit den Anwälten der Partei zur  
Ausarbeitung von Richtlinien für die einzige Lage, die  
ein selbständiges Handeln der nationalen Bewegung notwendig  
machen konnte: für den Fall, daß die kommunistische Revolte über  
die Staatsgewalt hinweg würde. Wenn die legalen Vertreter des  
Staates durch den gestrichelten Hochverrat der SPD. befeitigt worden  
wären, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an  
ihrer Spitze die NSDAP, die Pflicht gehabt, mit den von ihr zu-  
sammengerufenen Kräften (deshalb auch die Erwähnung von „Land-  
eswehren“ neben den SA der NSDAP!) aus eigenem Recht die  
Ernährung und den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Ich  
fühle mich als Nationalsozialist wie als Jurist dafür verantwortlich,  
daß die Ueberwindung des gefährlichen Chaos und die Herstellung  
einer neuen Ordnung wenigstens theoretisch zur Er-  
örterung gestellt wurde.“

Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mit-  
arbeitern, darunter dem jetzigen Deminzianten Schäfer-Offenbach,  
zur Rückäußerung über die rechtlichen und wirtschaftlichen  
Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die  
Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische  
Entwicklung seit dem 1. August d. J. ihre weitere Erörterung  
überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP, besonders auch  
weder der damalige Gauleiter Gemeinder noch die Reichsleitung,  
haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis  
erhalten. Die Richtlinien sind auch nicht in einer „geheimen Sitzung  
auf dem Borsheimer Hof beschloffen worden“. Ich habe vielmehr  
gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem

Hof, das an sich anderen Zwecken galt, den von mir allein her-  
gestellten Entwurf einigen (nicht allen) der Anwesenden zur  
Kenntnisnahme und Äußerung übergeben.

„Der jetzige Deminziant Schäfer-Offenbach hat als der damalige  
Leiter des Gau-Wirtschaftsbeirats der NSDAP, Gau Hessen,  
meinen Entwurf mit mir öfters durchgesprochen, ohne den bedingten und deshalb durchaus legalen Charakter der  
von mir angeregten Erörterungen zu bezweifeln. Wenn Schäfer  
jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch  
die bewußt eingestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auf-  
trage des Gauleiters Penz, W. d. R., die Ermittlungen durchführte,  
die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Ver-  
schwören seiner Bestrafung wegen Wechselfälschung usw. und durch  
falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung  
seine Kandidatur für den hessischen Landtag bei der NSDAP er-  
schwindelt hat. Wenn ich noch darauf hinweise, daß Schäfer vor  
seiner im Frühjahr d. J. erfolgten Verurteilung durch psychiatrische  
Gutachten als schwerer Psychopath und als stark vermindert zu-  
rechnungsfähig festgestellt wurde, so dürfte die Offenheit nun-  
mehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des vom preus-  
sischen Innenminister veröffentlichten „Materials“ ein abschließendes  
Urteil zu bilden.“

Damit ist zunächst das Geheul der faschistischen Meute  
über Fälschung und Spindelarbeit entlarvt.

Zweitens zeigt es sich, daß der Verfasser des Blutdoku-  
ments auf die Brücke tritt, die der Oberreichsanwalt ihm und  
seinesgleichen mit seiner Erklärung gebaut hat.

Zum dritten ist die innere Verlogenheit dieser Bestischen  
Erklärung deutlich erkennbar. Denn niemand in Deutschland  
glaubt bei der politischen Kräfteverteilung an einen kommuni-  
stischen Aufstand, und wenn dieser Best ihn am 1. August  
fürchtete, warum hat er dann Mitte September seinen  
Entwurf durchberaten lassen?

Diese Erklärung ist die faule Ausrede eines  
Schuldigen, der zunächst geflüchtet ist und sich nun wieder  
herovormagt, da er das Stichwort zu seiner Ausrede er-  
halten hat.

Schließlich verlangt er für den Bahnwiz und die Bestialität  
seiner Pläne noch den Dank der Nation! Er hat dem Begrif-  
f „Nationalist“ seinen Sinn gegeben. Hunger und Erschießen — das ist  
seine Quintessenz!

gemacht werden, zumal der Oberreichsanwalt noch weiteres  
Material ermittelte.

Bei seiner Vernehmung erklärte Dr. Schäfer u. a., daß sein  
Erscheinen beim Polizeipräsidenten in Frankfurt und auch beim preus-  
sischen Innenminister nicht etwa den Zweck gehabt habe, ein Verfahren  
wegen eines hochverräterischen Unternehmens in Gang zu bringen.  
Daran habe er niemals gedacht. Vielmehr habe er nur darauf hin-  
weisen wollen, daß in nationalsozialistischen Kreisen noch seiner Auf-  
fassung ganz unfinnige mißverständliche Ansichten  
und Anschauungen über die Maßnahmen wirken, die für  
den Fall, daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen, zur  
Durchführung kommen sollten. Auf diese unfinnigen  
Anschauungen habe er die maßgebenden Kreise aufmerksam machen  
wollen.

## Der Anwalt des Reiches.

### Justiz mit und ohne Binde.

Is's nicht so, Werner? Sag es, wenn ich lüge!  
Schillers Zeit. I, 2.

Es ist nichts Neues, daß die Republik dort, wo sie sich  
auf ihre Organe verlassen müßte, von ihnen verlassen wird.  
Die Erklärung des Oberreichsanwalts in der Sache  
der hessischen Hochverräter ist nur wieder ein Beweisstück für  
diese Behauptung, die längst keines Beweises mehr bedarf.  
Daß die — bereits hitleroffiziöse — „DAZ“ die Erklärung  
des Oberreichsanwalts unter der Überschrift veröffentlicht  
„Hitler und der Oberreichsanwalt gegen Severing“, das  
müßte jeder dem Dienste der Republik ergebene Oberreichs-  
anwalt als Beleidigung empfinden. Aber wir wissen nicht,  
wie Herr Oberreichsanwalt Werner es empfindet.

In Leipzig, wo man mit Militär-Prismengläsern nach  
den Mikroben des Landesverrats anspäht, überfieht man die  
Elefanten des Hochverrats. Zwar nicht immer und überall.  
Wir becheinigen dem Reichsgericht, daß es auf kommuni-  
stischen Hochverrat mit der Ueberempfindlichkeit einer  
überheizten Radioröhre reagiert, so daß die Schwingungen  
des gesunden Rechtsempfindens verzerrt und freischend an  
unser Ohr gelangen. Das Reichsgericht ist so weit gegangen  
— es sei nur erinnert an die Urteile vom Februar 1927 —,  
Buchdrucker, Schriftsetzer und Boten wegen Hoch-  
verrats zu verurteilen, weil sie bei der Herstellung und dem  
Verband von Schriften revolutionären Inhalts beteiligt  
waren. Das Reichsgericht hat allen Ernstes an Zeitungs-  
jungen und Botenfrauen die Anforderung gestellt,  
den Inhalt der von ihnen ausgetragenen Schriften unter dem  
Gesichtspunkt der Strafbarkeit durchzustudieren. Es hat den  
Seher zum Jenseit über die Erzeugnisse des Schriftstellers  
ausrücken lassen. Ja, das Reichsgericht hat die phantastisch-  
vagen Deklamationen eines lyrischen Dichters für  
Hochverrat erklärt, es hat sogar in Gedichten unseres Mit-  
meisters Goethe — würdige Begehung des Goethe-  
Jahres! — Vorbereitung zum Hochverrat entdeckt, weil diese  
Gedichte in einer kommunistischen Anthologie abgedruckt  
waren!

Aber nun wird bei einer Gruppe von Rechtsradikalen  
ein Dokument gefunden, das eine genau paragra-  
phierte Anweisung für die Wächtergreisung enthält  
mit Anordnung von Standgerichten, Konfiskationen, Er-  
schießungen, von schwersten Eingriffen aller Art in Leben  
und Wirtschaftsordnung. — und da verwandelt sich der Herr  
Oberreichsanwalt plötzlich in einen Pilatus: „Ich finde  
kein Fehlan ihm!“ Er zweifelt, hier einen Fall von  
Hochverrat vor sich zu haben.

Konsequenz vermag man hier freilich nicht zu erblicken.  
Hat doch der Oberreichsanwalt zunächst das Dokument und  
die es umgebenden Umstände für so verdächtig angesehen, daß  
er sich zur Einleitung von Untersuchungen und Verfahren  
verpflichtet sah. Trotzdem gibt 24 Stunden später der-  
selbe Oberreichsanwalt eine Erklärung ab, die der Verteidiger  
der Angeklagten nicht besser und sicher nicht enifernt so wirt-

# Protest gegen den Oberreichsanwalt.

## Der hessische Innenminister stellt seine Erklärungen richtig.

Darmstadt, 26. November. (Eigenbericht.)

Der hessische Innenminister hat zu den in der Presse  
durch die Telegraphen-Union verbreiteten Darlegungen des Ober-  
reichsanwalts folgende Erklärung in die Presse gegeben:

„Ich habe die Erklärung des Oberreichsanwalts, die heute  
mittag durch die Telegraphen-Union verbreitet wurde, zunächst für  
eine Mythisierung gehalten, da sie in wichtigen Teilen mit  
den geführten Besprechungen nicht zu verein-  
baren ist. Nachdem mir aber bestätigt wurde, daß tatsächlich  
diese Erklärung vom Oberreichsanwalt stammt, sehe ich mich ge-  
zwungen, dazu folgendes festzustellen:

1. Der Oberreichsanwalt behauptet, Schäfer sei „auf noch nicht  
geklärt Weise von Darmstadt nach Frankfurt gebracht und dem  
dortigen Polizeipräsidenten übergeben worden, der für Vorfälle in  
Darmstadt keineswegs zuständig ist“. Dazu bemerke ich: Dr. Schäfer  
hat sich unmittelbar an den Frankfurter Polizei-  
präsidenten gewandt, der dann diese ihm amtlich zur  
Kenntnis gekommenen Vorfälle pflichtgemäß dem preussischen  
Innenministerium berichtet hat. Das hessische Innenministerium  
hat erst indirekt und zu einem späteren Zeitpunkt von den Mit-  
teilungen des Dr. Schäfer Kenntnis bekommen.

2. Der Oberreichsanwalt behauptet, das Vorgehen der Dar-  
städter Polizei sei nicht auf seine „Veranlassung“ hin geschehen,  
fügt aber dann selbst aus, daß er bei der Unterredung im

preussischen Innenministerium den „Rat“ gegeben habe, als Beweismittel  
„wenigstens (!) die Schreibmaschine des Best zu beschlag-  
nahmen“. Lediglich dieser „Rat“ des Oberreichs-  
anwalts ist von der Polizei durchgeführt worden.  
Die bei den führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen  
Partei des Gau Hessen durchgeführten Hausdurchsuchungen gelten  
lediglich dem Zweck der Sicherstellung solcher Beweismittel.

3. Der Zeitpunkt für eine rechtliche Würdigung des  
Falles durch die Behörden in der Öffentlichkeit scheint mir im  
Gegensatz zu dem Herrn Oberreichsanwalt rechtlich nicht ge-  
kommen zu sein. Unabhängig von der strafrechtlichen Würdigung  
der Angelegenheit ist festzustellen: An der Echtheit der Be-  
lastungsdokumente ist nach den bisherigen Feststellungen  
nicht zu zweifeln.“

## Die Vernehmung Schäfers.

### Seine Aussagen vor der Reichsanwaltschaft.

Leipzig, 26. November.

Die Vernehmung Dr. Schäfers vor der Reichsanwaltschaft  
dauert den ganzen Tag über an und wurde in den späten Abend-  
stunden abgeschlossen. Über etwaige Maßnahmen, die sich  
aus der Vernehmung ergeben, können Mitteilungen zur Zeit nicht



jam hätte abgeben können. Er stützt seine Zweifel am Hochverrat auf das, was man sonst in der Sprache der Staatsanwälte als die „faulen Ausreden des ertappten Schuldigen“ zu bezeichnen pflegt.

In einem etwas dunklen Einleitungsatz haben die Verfasser des Programms bemerkt, daß dieses „nach Fortfall der Regierung und Niederwerfung der Kommune“ in Kraft treten solle. Daraus wird flugs geschlossen, daß dieses Programm erst nach Niederwerfung eines vorübergehend siegreichen Kommunistaufstandes geplant sei. Nun ist diese Auslegung schon an sich viel mehr als in jenem Satzlein steht. Dann aber weiß jeder Kenner der Dinge, daß der „Kommunistaufstand“ von jeher der Vorwand der Rechtsputschisten war, auch wenn man nirgends etwas von ihm sah und hörte, — siehe Kapp-Butsch!

Die Voraussetzung ist außerdem vollkommen unsinnig, weil wie jedermann weiß, Reichswehr und Schutzpolizei vollkommen Herr der Lage sind. Bei der Erledigung eines — in dieser Zeit höchst unwahrscheinlichen — Kommunistenputsches hat die SA. gar nichts zu suchen, und es gibt keinerlei Gelegenheit für sie, mit ihren blutrünstigen Proklamationen in die Öffentlichkeit zu treten. Das deutsche Volk bedankt sich auch schönstens für „Ketter“, die an Blutvergießen und wirtschaftlichem Wahnsinn noch jede Bolschewistenherrschaft übertrumpfen wollen! Das hieße vom Regen in die Traufe!

Der Oberreichsanwalt sollte sich aber ganz besonders gegen den Standpunkt wenden, daß durch die Dazwischenschaltung eines „Hochverrats der andern“ der eigene Hochverrat des jeweiligen Angeklagten straffrei würde. Dann würde nämlich eine strafrechtliche Verfolgung des Hochverrats praktisch unmöglich! Zum mindesten, wenn dieser Standpunkt konsequent durchgeführt wird, was wir allerdings bezweifeln. Wir möchten einmal den Oberreichsanwalt fragen: Wenn die Kommunisten jetzt aus feiner Erklärung die kluge Lehre ziehen, ihre hochverräterischen Pläne entsprechend zu „tarnen“, daß diese nämlich erst nach dem vorübergehenden Sieg eines Hitler-Butsches in Kraft treten sollen — wird dann der Oberreichsanwalt auch die Kommunisten ungehorsam lassen?! Wir sind wirklich auf eine Antwort sehr begierig.

Der Oberreichsanwalt wird sich vielleicht hinter der oft gehörten Ausflucht verschanzten: den Kommunisten sei der Hochverrat eben zuzutrauen, den Edelgestalten der Hitlerischen SA. dagegen nicht. Wir müssen daran erinnern, daß hier selbst das Reichsgericht anderer Auffassung ist. Erst ganz kürzlich hat der 4. Senat des Reichsgerichts die Beschwerde eines nationalsozialistischen Blattes in der bayerischen Pfalz wegen eines Verbotsspruches verworfen. Die Begründung des Urteils sollte der Herr Oberreichsanwalt recht aufmerksam studieren, denn es heißt darin:

Nun ist es zwar richtig, daß der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, in dem vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 vor dem Reichsgericht verhandelten Strafprozeß gegen drei Ulmer Reichswehr-offiziere eidlich bekundet hat, er verfolge seine Ziele nur noch auf streng legitimen Wege. Wie indessen gerichtsbekannt ist, strebt die NSDAP die Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches an, und es sind, wie das aus zahlreichen Artikeln der nationalsozialistischen Presse gefolgert werden muß, zum mindesten Teile der NSDAP der Ueberzeugung, daß die von der Partei angestrebte Aenderung der Verfassung nur durch einen Gewaltaakt erfolgen könne, und daß deshalb die breiten Massen ideologisch auf einen solchen gewalttätigen Umsturz vorbereitet werden müssen. Wenn daher auch der Parteiführer Hitler darauf halten mag, daß revolutionäre Bestrebungen innerhalb der NSDAP widerrechtlich und mit Ausschluß aus der Partei geahndet werden sollen, so schließt das doch nicht aus, daß solche revolutionäre Bestrebungen innerhalb der Partei auch ohne Zustimmung des Parteiführers Hitler und selbst gegen seinen Willen stattfinden.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß diese Urteilsbegründung des 4. Senats dem Oberreichsanwalt Werner unbekannt ist. Aber selbst wenn, so hätte er sich auch alles dieses selber sagen können.

Doch es hat kaum Zweck, sich bei der Person des Oberreichsanwalts aufzuhalten. Seit Jahren stellen wir fest, daß die Reichsregierung eine Personalpolitik beim höchsten deutschen Gericht treibt, die an Selbstauflösung grenzt. Der Justizminister Noe hat den Kurs des Staatssekretärs Noe nicht geändert. Beiläufig liest man dieser Tage, daß der Landgerichtsdirektor Erich Schulze vom Landgericht I Berlin als Hilfsarbeiter an das Reichsgericht berufen wird. Wer denkt sich etwas dabei? Wer kennt im Reichsjustizministerium die Urteile dieses Herrn, der in verdächtig enger Freundschaft mit bekannten Frondeuren gegen das preussische Justizministerium verbunden ist?

Man weiß im Reichsjustizministerium wohl nichts davon. Man wundert sich höchstens nachträglich über die Resultate solcher Personalauswahl. Oder vielleicht wundert man sich nicht einmal...

## Freilassung in Konstanz.

Die italienischen Antifaschisten aus der Daff entlassen. — Die Fliegeraffäre durch Strafbefehl erledigt.

Konstanz, 26. November. (Eigenbericht.)

Heute abend wurden sämtliche in der Angelegenheit des verhinderten Propagandaflygs über Italien Verhafteten — also die Malinzer Bajanelli, Rosselli und Tarchiani sowie der Deutsche Haefner — auf freien Fuß gesetzt.

Ein Hochverratsverfahren kam schon deshalb nicht in Frage, weil die italienische Regierung einen solchen Antrag nicht gestellt hatte. Die Angelegenheit ist ohne Gerichtsverhandlung durch Strafbefehle erledigt worden und zwar in Höhe von 250 Mark gegen Bajanelli wegen Vergehens, 100 Mark gegen Rosselli wegen unerlaubten Waffenbesitzes, während Tarchiani straffrei ausgeht. Als Verteidiger fungierten die sozialdemokratischen Konstanzer Rechtsanwälte Dr. Winneben und Eduard Frank, unterstützt von Rechtsanwalt Modigliani, der aus Paris herübergekommen war, um sich seiner Mandate anzunehmen. Die drei Statikener verlassen am Freitag vormittag Konstanz.

# Das Geständnis.

Erstens sind es Fälschungen, zweitens können sie echt sein, drittens ist alles legal.

Die Tatsachen, die die Nationalsozialistische Partei auf das Schwerste belasten, können nicht mehr bestritten werden. Die Echtheit der Dokumente magt keiner mehr zu bezweifeln.

Der Verfasser der Dokumente, der Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Best ist flüchtig geworden.

Die Hausdurchsuchungen haben neues Beweismaterial für die Echtheit der Dokumente und die Teilnahme der führenden Leute der Gauleitung Hessen der NSDAP. erbracht.

Je schärfer diese Tatsachen im Laufe des gestrigen Tages hervorgetreten sind, um so mehr hat sich der Charakter der Abkündigung- und Abschwächungsversuche der Reichsleitung der Hitler-Partei und ihrer Freunde verändert.

Am Morgen schrien sie laut Fälschung. Voran die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die endgültig die Maste abgeworfen hat und sich offen als falsches Reptil zeigt.

Am Mittag schrieb der „Angriff“: „Gemeine Fälscherdokumente“.

Am Nachmittag kam eine Erklärung der Reichsleitung der NSDAP, in der er heißt:

„Die Parteileitung der NSDAP hat mit dem vom preussischen Innenministerium der Öffentlichkeit übergebenen Entwurf eines Schriftstückes, der angeblich von Parteimitgliedern des Gauess Hessen der Nationalsozialistischen Partei entworfen sein soll, nicht das geringste zu tun und hat Kenntnis davon erst durch die Presse erhalten. Falls diese Niederschrift eines Entwurfes sich als echt erweisen sollte, was bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, so kann es sich nur um eine Privatangelegenheit handeln, die allerdings schon in der kaum verständlichen Sinnlosigkeit ihres Inhaltes den untrüglichen Stempel marxistischer Spieglarbeit trägt. Die Parteileitung, die ihren grundsätzlichen Standpunkt oft genug klar und eindeutig bekundet hat, kann unmöglich für die privaten Stillübungen ihrer fast 800 000 Mitglieder verantwortlich gemacht werden. Am Abend aber sahen die Herren schon nicht mehr auf

hohem Pferde, sie hatten nur das Bestreben, die letzten Fäden der Hitler-Legalität festzuhalten. Durch das Wolff-Büro wurde folgendes verbreitet:

Reichstagsabgeordneter Gähning hat im Auftrag des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekanntgeworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung sieht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Befolgung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

Am Morgen Fälschergeschrei, am Abend Ankündigung, daß untersucht werden soll! Wir geben auf diese Legalitätsbetreibungen keinen Pfifferling. Sie sind ebensowenig wert wie die Methoden der Kommunisten, die rücksichtslos jeden ihrer Terroristen, der sich ertappen ließ, als Polizeispitzel bezeichnet haben.

Der Wert dieser Erklärung liegt in etwas anderem: er ist das Geständnis, daß die Dokumente echt sind, und daß führende hessische Nationalsozialisten beteiligt sind!

Es kommt aber noch besser! Der Hugenberger „Vokal-Anzeiger“ hat am Morgen von der Arbeit „politischer Dilettanten“ gesprochen. Am Abend hat er entdeckt, daß dies Dokument in vielen Punkten ein Abklatsch des hochverräterischen Dokuments aus dem Gau-Kreis von 1928 war, und nun findet er plötzlich, daß es ganz legal, und nicht nur das, sondern auch zweckmäßig und vernünftig sei!

Aus der „kaum verständlichen Sinnlosigkeit des Inhaltes, die den untrüglichen Stempel marxistischer Spieglarbeit trägt“, ist plötzlich eine harmlose, legale und sinnvolle Sache geworden.

Das ist das Gezappel der Füchse im Eisen! Eine Lüge schlägt die andere tot!

## Das Reichsbanner tritt an!

Das Berliner Reichsbanner beruft für Sonntag, den 29. November 1931, vormittags 11 Uhr, in sämtlichen Berliner Bezirken 11 Protestkundgebungen ein, in denen angesichts der Vorgänge in Hessen das Thema:

„Jetzt ist's genug, Staat greif zu!“

behandelt wird. Lokale und Redner werden noch bekanntgegeben. Die republikanische Bevölkerung wird aufgefordert, diesem Protest durch Massenbesuch Nachdruck zu verleihen.

## Die Schuld Hitlers.

Es gilt, Farbe zu bekennen.

Während der „Vokal-Anzeiger“ sich bemüht, den Inhalt des Aktenstückes zu decken, rückt die „Kreuz-Zeitung“ weit von ihm ab. Sie schreibt:

„Auf die offenbare Denunziation eines mit seinen Parteigenossen in Differenzen geratenen Mitgliedes der NSDAP, ist die Polizei und weiter die Oberreichsanwaltschaft in Besitz von Schriftstücken gelangt, die, ihre Echtheit vorausgesetzt, geeignet sind, die Partei, zum mindesten einen engeren Kreis hessischer Parteiführer, schwer zu kompromittieren.“

Es steht zu erwarten, daß die offizielle Leitung der NSDAP, das vorgefundene „Material“ zunächst als grobe Fälschung erklären und, falls der Nachweis der Echtheit doch erbracht werden sollte, gegen die tatsächlich überführten Verfasser einen deutlichen Trennungsschritt ziehen wird. Und das wäre u. U. auch hochnotwendig — immer den unansprechbaren Nachweis der Echtheit vorausgesetzt. Denn die Gesichtspunkte, die in dem sogenannten „Entwurf“ für die ersten Maßnahmen einer illegalen nationalsozialistischen Regierungsgewalt zutage treten, sind — selbst wenn sie als vorübergehende Normregeln gedacht sind — von einem so radikalen bolschewistischen Charakter, daß ihre Verwirklichung nicht mit den von uns vertretenden Begriffen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Moral vereinbar sind.

Eine Diktatur der SA, in derartiger Uebergriffung müßte sich letzten Endes in Terror nach dem Muster der Sowjet-Blutheer-schaft überschlagen. Und dann gäbe es statt der Ordnung das Chaos.

Wir sind gewiss, daß die NSDAP, als solche und insbesondere ihre Münchener Leitung allen derartigen Dingen, wie sie in dem „Material“ zum Ausdruck gebracht werden, fernsteht. Wir könnten ihr jedoch — wieder die Echtheit der Schriftstücke und ihrer Urheberhaft vorausgesetzt — den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es an der nötigen Sorgfaltspflicht hat fehlen lassen, wenn sie Männer, wie die Angeklagten, zu Führern in ihrer Bewegung gemacht hat. Wir sehen hier die Keimzelle der zahlmäßig so bedeutenden Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung. Daß man jedes einzelne Parteimitglied oder jeden hohen Missetäter nicht an der Leine halten kann, wissen wir. Und wir sind die letzten, die für jede Ausschreitung und jeden Verstoß gegen die oft genug proklamierten Parteigebote die Parteileitung verantwortlich machen. Aber bei Führern, bei Vertretern der Partei im Parlament sollte die Disziplin noch anstandslos zu erhalten sein. Der übliche Ausschluß post festum tut da auch nicht mehr viel zur Ehrentrettung der Partei.“

Das ist eine schallende Ohrfeige für die nachträglichen Legalitätsschwüre, die Gähning im Namen Hitlers abgegeben hat.

Es ist jedoch noch mehr: es zieht einen Trennungsschritt. Auf der einen Seite stehen die, die den wahnwitzigen

Inhalt dieser blutigen Diktaturpläne ablehnen, auf der anderen Seite alle, die sich zur Bestialität dieses Inhalts bekennen.

Hier hilft kein Drehen und Wenden, hier muß Farbe bekant werden: für oder gegen den bestialischen Wahnsinn dieser Zerstörungspläne!

## Echo aus Frankreich.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ schreibt zu der Enthüllung der nationalsozialistischen Hochverratspläne: „Die Enthüllung dieser Dokumente erfolgt in einem opportunistischen Augenblick. Es ist mir allzu sicher, daß die Enthüllung der Hitler-Bewegung in Deutschland durch das Wohlwollen der Behörden und durch die Unterstützung begünstigt wird, die sie bei einflussreichen Elementen, besonders in Kreisen der Schwerindustrie, findet. Diese Elemente sind zwar keineswegs für die absurden Pläne einiger gewerbetreibender Agitatoren, aber sie glauben, daß Hitler und seine Stoßtruppe mit dem gegenwärtigen Regime ein brutales Ende machen und so den Boden für eine Neuorganisation des Reiches vorbereiten können. Man erkennt, wohin ein derartiges Experiment führen kann, das tatsächlich ein Bürgerkriegsereignis wäre; denn man muß eine wahre Geistesverwirrung voraussetzen, um zu glauben, daß ein politischer Gewaltstreik nicht auf Widerstand stoßen und daß die nationalsozialistischen Kampfgruppen nicht mit den Organisationen der Sozialdemokratie und den Kampfverbänden der Kommunisten zusammengeraten. Die nationalsozialistische Agitation hat in der ganzen Welt jedes Vertrauen zu dem Friedens- und Wiederaufbau Deutschlands gestört. Dieses Vertrauen und mit ihm der deutsche Kredit können nur wiederhergestellt werden, wenn die Hitler-Bewegung endgültig in Deutschland zerstört wird, und man die Gewißheit haben wird, daß das deutsche Volk sich endgültig von jedem Unternehmen dieser Art abwendet.“

## Severing vor Potsdams Republikanern

Massenversammlung gegen die Feinde der Republik.

Potsdam, die unbesetzte Kaiser-Stadt, hatte heute seine Session. Die Sozialdemokraten riefen zur öffentlichen Versammlung mit dem Thema: Der Kampf um das System. Die Ankündigung, daß der preussische Innenminister Severing sprechen sollte, führte zur Ueberfüllung des größten Saales in Potsdam, des Konzerthauses. Eine Parallelsammlung war ebenfalls überfüllt. Genosse Severing rochete äußerst scharf mit den Gegnern der Republik und der Weimarer Verfassung ab. Sein Referat wurde durch feindliche Ovationen des öfteren unterbrochen. Besonders heftig fand er, als er sich gegen die Riesmacher wandte und die Arbeiterchaft zur Aktivität aufforderte. Die Severing-Versammlung in Potsdam war der größte Erfolg der Potsdamer Sozialdemokraten seit langer Zeit.

## Befehlshaber vom Dritten Reich.

Einer, der erschossen lassen darf...!

Göttingen, 26. November. (Eigenbericht.)

Das Göttinger Schöffengericht verurteilte den Nationalsozialisten Hildensbrand, der wegen schweren Diebstahls, Sachbeschädigung und Beleidigung sowie unzüchtiger Handlungen in Tateinheit mit Notzuchtverstoß erheblich vorbestraft ist, wegen Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis. Zwei Nazis, von denen der eine wegen Betrugs- und Körperverletzung vorbestraft ist, wurden in Ermangelung von Beweisen freigesprochen.

Die Angeklagten hatten vor einiger Zeit in der Stadt Rartheim mehrere Reichsbannerleute überfallen und sie schwer mißhandelt. Die Verhandlung ergab die alleinige Schuld der SA-Kommandos.

„Kini“ Alfons. Der ehemalige König von Spanien, Alfons, hat gestern Fontainebleau verlassen, um sich zu einem dreitägigen Aufenthalt nach München zu begeben.



# Ein Wort an Sahm

## Sozialdemokraten und Sparmaßnahmen / Laute Stadiverordnungsitzung

Die Stadiverordnetenversammlung befaßte sich gestern zum dritten Male mit der

### Beratung der Sparmaßnahmen.

Die der Magistrat und auch die Stadiverordneten vorgeschlagen hatten. In der Debatte über den Abbau in der Wohlfahrtspflege sprach für die sozialdemokratische Fraktion Genossin Rosenthal, die gegen die Sparmaßnahmen des Magistrats schärfste Bedenken geltend machte.

Auf keinen Fall ginge es so weiter, daß der Oberbürgermeister von sich aus Anordnungen trifft, ohne das Zusammenarbeiten mit der Stadiverordnetenversammlung, das er selbst so oft als notwendig bezeichnet hat, herbeizuführen. Wenn jetzt in der Stadiverordnetenversammlung Klage darüber geführt wird, daß der Magistrat von sich aus die Unterstufungs-Richtfänge in der Wohlfahrtspflege herabsetzt, so wolle sie, die Rednerin, daran erinnern, daß sich die Versammlung vor einigen Monaten selbst des Rechtes der Mitwirkung entbunden habe. Damals ist ein diesbezüglicher Antrag von der Stadiverordnetenversammlung abgelehnt worden. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Es gehe auch nicht an, so sagte die Rednerin weiter, daß beispielsweise die Kohlenkarten ohne besondere Prüfung der Bedürftigkeit rein nach Schema F verteilt werden. Eine besondere Frage sei die Unterstützung der Klein- und Sozialrentner und der ihnen gleichgestellten. Diese Kategorie von Unterstützungsempfängern hätte Anspruch auf um 25 Proz. höhere Richtfänge; trotzdem werden sie aber den in der allgemeinen Wohlfahrt Unterstützten gleichgestellt. Ein Unrecht sei es auch, die Ehegattenzuschläge dieser Unterstützungsempfänger auf die Höhe der allgemeinen Fürsorge herabzusetzen. Es ergebe sich dabei für den einzelnen Ehegatten eine Differenz von etwa 5 M. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Ehefrauen selbst einen gesetzlichen Anspruch auf volle Unterstützung hat. Wenn diese jetzt so nachteilig behandelt werden gegen den Magistrat auf dem Wege der Klage vorgehen würden, müßten sie unter allen Umständen recht bekommen, und die Stadt hätte hohe Nachzahlungen zu leisten. Bei der allgemeinen

### Wohlfahrtspflege

sei es unbedingt notwendig, daß eine individuelle Fürsorge ausgeübt wird. Es sei zuzugeden, daß dazu das vorhandene Personal nicht ausreichen würde. Schon jetzt ist das Personal in den Wohlfahrtsämtern so stark mit Arbeit überlastet, daß beispielsweise in der allgemeinen Wohlfahrt 1000-1500 attemmäßig zu bearbeitende Fälle auf den einzelnen Beamten kommen. Daß dabei von einer individuellen Fürsorge nicht mehr die Rede sein kann, versteht sich von selbst. Die Maßnahmen des Oberbürgermeisters zur Herbeiführung von Ersparnissen sind für die Sozialdemokraten nicht fragbar, sie sind aber auch nicht geeignet, die Finanzen der Stadt Berlin zu sanieren. Es sei unwirtschaftlich gehandelt, schloß Genossin Rosenthal ihre Ausführungen, wenn man dem Arbeitslosen nicht soviel gibt, daß er wenigstens seine Arbeitskraft erhalten kann.

### Kommunistenfrach.

Während der Rede der Genossin Rosenthal machten die Kommunisten großen Spektakel. Sie hatten es darauf abgesehen, unsere Rednerin, die früher der kommunistischen Partei angehörte, jetzt aber seit Monaten wieder bei der Sozialdemokratie ist, zu stören. Der Vorsteher, Genosse Haß, mußte mehrere Male eingreifen, um den Kommunisten wenigstens soviel Anstand beizubringen, daß sie die Rednerin sprechen ließen. Der Hinweis des Vorstehers, daß er Nachmittags in der Hand habe, um die randolierenden Kommunisten zur Ordnung zu bringen, wurde von der

gesamten kommunistischen Fraktion mit lautem Hallo aufgenommen. Genossin Rosenthal setzte sich aber durch und konnte schließlich ihre Ausführungen unter dem Beifall der sozialdemokratischen Fraktion beenden.

### Die gefährdete Milchaffion.

Bei der Besprechung der Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitspflege bedauerte Stadtr. Strieder (Soz.), daß der Magistrat den Betrag für die Belieferung der Kinder der Erwerbslosen mit Milch gekürzt und dem Beschluß des Haushaltsausschusses, für diesen Posten 200.000 M. mehr anzusetzen, nicht beigetreten ist. Auf jeden Fall sei zu verlangen, daß die so notwendige Milchlieferung im alten Umfange aufrechterhalten bleibt. Genosse Strieder trat für die Beibehaltung des alten Taschengeldes für Krankenpflegehelfer ein. Dem Antrag der Deutsch-

nationalen, die Kurkosten in den städtischen Krankenanstalten zu erhöhen und die von der Stadt nicht mehr bewirtschafteten Anstalten an private Wohlfahrtsinstitutionen zu verpachten, könnten selbstverständlich weder der Magistrat, noch die sozialdemokratische Fraktion beitreten. Die Stadt Berlin könnte sich die Geschäftspraktiken der Privatkrankehäuser nicht zu eigen machen. Hier baut man alles, erfahrenes Pflegepersonal ab und stellt dafür Schüler ein. Die städtischen Anstalten hätten eben ganz andere Aufgaben zu erfüllen als die privaten.

Eine Abstimmung fand gestern noch nicht statt. Sie wird am kommenden Donnerstag vorgenommen.

Die demokratische und die kommunistische Fraktion hatten in Anträgen den Magistrat um Auskunft über die Beteiligung der Stadt Berlin an der verstaatlichten mittelständischen Bank für Handel und Grundbesitz erjudet. Es wird gefragt, ob die Sicherung dieser angeblichen Beteiligungen durchgeführt sei und die Kommunisten fragten weiter, ob die Einlagen der Handel- und Gewerbetreibenden auch gesichert seien. Die Anträge werden geschäftsordnungsmäßig beantwortet.

# Debatte ums Hammelfleisch.

## Vorstoß der Schafzüchter. — Zwischenhandel arbeitet mit 300 Proz. Zuschlag.

Der Reichsverband für Deutsche Schafzucht wendet sich in einer Veröffentlichung an die Presse, in der er einerseits auf die Spottpreise für Lebendvieh hinweist und zum anderen auf die hierzu in gar keinem Verhältnis stehenden übermäßig hohen Preise für Hammelfleisch aufmerksam macht. Die Schafzüchter bemerken noch, daß sie durch die Reichsregierung in diese schwierige Lage geraten sind, die die in Aussicht gestellte Schafausfuhrbeihilfe nicht wieder bewilligt hat. Dadurch sollen in den deutschen Schäferereien Hunderttausende von Lämmern und Hammeln stehen geblieben sein, die zu einem Drittel des früheren Preises verkauft werden müssen. Mitunter bekommen Schafhalter nur 11 bis 28 Mark für ein Stück. Schließlich werden die Hausfrauen aufgefordert, sich mehr um die Hammelfleischpreise zu kümmern.

Das scheint allerdings notwendig zu sein, denn die letzten Berichte von den deutschen Fleischmärkten (23. November) ergeben ein Bild, das einer aufmerksamen Betrachtung wert ist. Danach brachten Schafe folgende Preise:

	niedrigster Preis	höchster Preis
Köln . . . . .	22 Pf. pro Pfd.	33 Pf. pro Pfd.
Dresden . . . . .	20 . . . . .	42 . . . . .
Mannheim . . . . .	20 . . . . .	22 . . . . .
Chemnitz . . . . .	20 . . . . .	35 . . . . .
Breslau . . . . .	16 . . . . .	32 . . . . .

Das sind aber noch nicht die Stallpreise, sondern Marktpreise, die Stallpreise liegen bei Schafen noch um ungefähr 18 Proz. unter den Marktpreisen. Sieht man sich dann die Preise auf dem Fleischgroßmarkt an, dann müssen die Schlachtkörper in Berlin bei Hammelfleisch für die Sorte a) 72-76 Pf. pro Pfund bezahlen, für die Sorte b) 60 bis 70 Pf. und für die Sorte c) 48 bis 58 Pf. Zum Schluß liegt das Fleisch im Schaufenster oder auf dem Ladentisch und das Pfund Hammelfleisch kostet 1,20 M., das Pfund Hammelfleisch 1 M. und die Hammelbühnung 80 Pf. Es sind also wieder einmal glücklicherweise aus den Pfennigen Markstücke geworden.

Obwohl nun der Reichsverband für deutsche Schafzucht die Badenländer auffordert, mit den Schafhaltern an einem Strange

zu ziehen und für die Beseitigung der überhöhen Handelspreise zu kämpfen, schreibt die „Fleischer-Verbands-Zeitung“, das amtliche Organ des Deutschen Fleischerverbandes, daß es „sich die Fleischer verbitten müßten, von den Schafzüchtern mit Fußtritten traktiert zu werden“. Es wird niemandem ersichtlich sein, worin denn diese Fußtritte bestehen. Aber ansonsten sind die Fleischer wieder einmal vollkommen aus dem Häuschen. Wie erinnerlich, fand sich unter Punkt III der Richtlinien des Wirtschaftsbeirats folgender Satz: „Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten.“ Dazu schreibt die Fleischer-Verbands-Zeitung:

„Wer heute die Preisanarchie in den Fleischläden aufmerksam verfolgt — wir haben heute die Fleischpreise von 1894 erreicht —, wer Kenntnis davon hat, daß zum Beispiel in Berlin 400 Ladenfleischer auf der schwarzen Liste der Großschlächter stehen, d. h. kreditunwürdig sind, wer sich weiterhin die Mühe macht, das Kontokonto eines Fleischereibetriebes nur einen Monat lang unter die Lupe zu nehmen, der wird mit apathischem Achselzucken die jetzt neu in Aussicht gestellten Schitanen hinnehmen... Wenn jetzt auf Grund eines traurigen Kompromisses... die Reichsregierung glaubt, erneut mit allgemeinen Redensarten und völlig sinnlosen Maßnahmen zur Herabsetzung der Kleinhändlerpreise kommen zu müssen, dann wird dem unbefangenen Staatsbürger erst klar, wie groß die Gegenläge innerhalb dieses jamosen Wirtschaftsbeirats gewesen sein müssen...“

Also hier liegt der Hund begraben. Die Fleischermeister wollen die Fleischpreise eben nicht senken. Doch wer nicht hören will, muß fühlen. Die 530.000 Erwerbslosen Berlins kaufen kein Fleisch mehr, können es nicht, und wenn man zu jedem Erwerbslosen zwei Familienangehörige rechnet, dann ist ein Drittel aller Bewohner der Reichshauptstadt als Fleischkonsument ausgeschlossen. Und die 530.000 Erwerbslosen werden nicht die einzigen sein, die sich kein Fleisch mehr kaufen können, solange ein anständiges Stück Hammelfleisch 1,20 M. pro Pfund kostet, für das der landwirtschaftliche Produzent vielleicht 20 bis 30 Pf. bekommt. Mit anderen Worten: Ehe das Fleisch in die Hände des Verbrauchers kommt, erfährt es einen Zwischenhandelszuschlag von 300 Prozent, und das noch in einer Zeit ungeheurer Not.



Und doch fühlte sie eine innere Zugehörigkeit zu den Müttern und Frauen um sie her. Sie durchlebte ja die gleichen Ängste, die gleichen Sorgen. Sie hatte Walter nicht mehr wiedergesehen. Seit Wochen stand er an der Westfront. Ja, er schrieb immer beruhigend, sie solle sich nicht ängstigen, es ginge ihm gut, er habe treue Kameraden um sich, und der Krieg ginge auch mal zu Ende. Aber die quälende Sorge und Angst, das Warten von einer Post auf die andere ließ sich nicht wegwischen, es sah zu tief.

Taumelnd verließ sie die Bäckerei. Der Duft frischer Backware, vermischt mit der Ausdünstung der Menschen, die eng aneinander gepreßt im Laden standen, nahm ihr fast den Atem. Sie blieb einen Augenblick draußen stehen und atmete tief die kühle Luft ein. Gott sei Dank, die Fleischration hatte sie gestern bekommen, da brauchte sie heute nicht mehr anzustehen. Mitleidig sah sie zu den Frauen hinüber, die vor der Mehlerei Schlange standen. Dann ging sie langsam zur Gemüsehandlung an der Ecke.

Die alte Händlerin stellte ihr einen Stuhl hin. „Sehen Sie sich einen Augenblick, Frau Professor, Sie haben ja keinen Blutstropfen mehr im Gesicht, Frau Professor!“

Aber die Angeredete hörte sie nicht mehr. Ohnmächtig sank sie der Frau in die Arme. Die Händlerin nahm ihr den Hut ab und ließ sie sankt in den Stuhl niedergleiten. Dann eilte sie hinaus in die Küche und kam gleich darauf mit einer Tasse warmer Milch zurück, die sie der Frau an die Lippen setzte.

„Das fehlt Ihnen“, sagte sie. „Jeden Tag sollten Sie einen halben Liter trinken! Ich weiß, ich weiß.“ wehrte sie ab, als Frau Loriot etwas sagen wollte. „Sie können nicht bezahlen, wenn's nicht auf Marken geht.“

Frau Loriot nickte. „Germoine macht jetzt ihr Staatsexamen — dann geht es besser“, flüsterte sie.

„Ich wünscht's Ihnen herzlich, Frau Professor!“ Sie befaßte darauf, daß Frau Loriot noch den Rest der Milch zu

sich nahm. „Wenn ich nicht hätte, würd ich nicht geben. Es ist eine schwere Zeit vor allem für Leute, die früher in guten Verhältnissen waren. Die tun mir immer besonders leid. Der Frau Rechnungsrat gehts auch nicht besser, die wird jeden Tag spitzer. Und hier, da! So nehmen Sie doch!“ Sie drückte ihr ein Ei in die Hand. „Geben Sie acht, daß es nicht zerdrückt wird — wir wollens lieber einwickeln und in die Handtasche tun. So! Das können Sie mir bezahlen, wenn Ihre Tochter was verdient, das hat Zeit! Ja, 's wär gut, wenn der Krieg bald zu End ging!“

Langsam ging Frau Loriot über den Kirchplatz, an dem alten, steinernen Marienbrunnen vorbei. Jemand hatte ein sogenanntes ewiges Licht unten in die Küche gestellt, sicher als Bitte an die heilige Jungfrau, den Mann oder Sohn oder Geliebten da draußen in ihren Schutz zu nehmen. Es war ein winziges Flämmchen, das da auf dem kleinen Delbehälter schwamm und jeden Augenblick auszugehen drohte. Unfähig rührend und trostlos zugleich sah es aus.

Frau Loriot blieb einen Augenblick stehen und lächelte trübe. Dann bog sie in die Parkstraße ein, die den Hügel hinaufführte. Das Schöpfer fiel ihr schwer. Mehrere Male blieb sie stehen und schloß die Augen.

Von der Stelle, wo die Straße einen scharfen Knick nach links machte, hatte man einen herrlichen Ausblick. Die Luft war klar und durchsichtig, das Gebirge schien ganz nahe, und sogar der alte Turm am Horizont war deutlich zu sehen. Es lag etwas Leichtes, Schwebendes über diesem Bild. Nur der Fluß, der um diese Jahreszeit weniger Wasser führte als sonst, und deshalb auch kaum Strömung aufwies, brachte etwas Ruhiges, Beharrendes, Stetiges in die bewegte Landschaft.

Frau Loriot ging weiter, aber von neuem überfiel sie eine Schwäche und das Gefühl, als müßte sie versinken. Erschreckt lehnte sie sich an einen der hohen Gartenzäune, die die kleinen Vorgärten der Wandhäuser umgaben, und sah mit der Hand einen der Eisenstäbe.

„Ist Ihnen nicht wohl, Frau Professor?“ Eine elegant gekleidete Dame blieb neben ihr stehen.

Frau Loriot schüttelte etwas verlegen den Kopf. „Es ist schon wieder besser, Frau Köhlin, o vielen Dank, das ist doch nicht nötig“, fügte sie hinzu, als die andere ihr das Einkaufsgeld aus der Hand nahm.

Es war ihr nicht ganz angenehm, gerade jetzt ihre Dieterin zu treffen. Sie hatte Germaines Bedenken nicht

vergessen und war bestrebt, es so einzurichten, daß man sich kaum sah, obwohl man im gleichen Haus wohnte. Und doch hatte sie eigentlich nichts gegen die Familie einzuwenden. Mann und Sohn waren viel auf Reisen, die Frau besuchte Veranstaltungen aller Art und war verhältnismäßig wenig zu Hause. Bessere Mieter konnte sie sich eigentlich nicht wünschen. Aber irgendeine unsichtbare und doch fühlbare Scheidewand blieb.

„Mir ist etwas schwindlig geworden durch das lange Stehen vor den Läden. Aber nun ist es schon vorbei.“

„Die andere aber jog resolut den Arm von Frau Loriot durch den ihren. „Stützen Sie sich etwas auf mich, das geht viel besser. Und nun nehmen Sie mit mal 'n offenes Wort nicht übel, Frau Loriot. Sie sind ja halb verhungert — na, nu erschrecken Sie bloß nicht, das is doch keine Schande heutzutage, im Gegenteil. Es geht ja allen so, die bloß auf Marken laufen können. Aber sehen Sie mal. Vor einem halben Jahr hat mein Mann mit der Miete ein Paketchen mit heruntergeschickt. Da waren lauter gute Sachen drin, die er mitgebracht hatte. Ich kann ja gar nicht alles essen. Und da kam Ihr Fräulein Tochter rauf und legte das Paketchen auf 'n Tisch und sagte, das dürsten wir nicht und das könnten Sie nicht annehmen.“

„Ja, das können wir auch nicht“, sagte Frau Loriot. „Ich weiß, daß Sie es gut mit uns gemeint haben, aber es geht uns doch nicht schlechter wie vielen anderen.“

Die andere lachte etwas pikiert. „Aber jedenfalls auch nicht besser, Frau Loriot! Ich weiß schon, wir sind für Sie immer die Proleten — doch, doch, mein Mann hats gerade damals, als Ihr Fräulein Tochter raufkam, auch gesagt — und von denen wollen Sie nichts annehmen. Und doch sind wir klüger als Sie alle. Wir brauchen nich hungern, wir haben was vom Leben. Und mein Mann verdient sein Geld auch genau so ehrlich wie Sie. Soll mal einer aufstehen und sagen, es wäre anders! Nächste lang liegt mein Mann oft auf der Eisenbahn — und zum Schluß ist es doch bloß ein kleines Geschäft. So glatt geht das auch nicht immer, wie Sie vielleicht denken, sondern da gehört auch Arbeit und Mühe zu!“

Frau Loriot mußte nicht, wie sie ihre Verlegenheit verbergen sollte. Sie fühlte die Gutmütigkeit, die hinter diesem Gemisch von beleidigter Eitelkeit, von Materialismus, geistiger Ungebildetheit und Gleichgültigkeit sich verbarg und kam sich hochmütig und eng vor.

(Fortsetzung folgt.)



# Bürgersteuer 1931.

## Erhebungssätze und Entrichtung der Steuer.

Der Städtische Sachverständigenrat gibt folgendes über die Bürgersteuer 1931 bekannt:

Bürgersteuerpflichtig in Berlin sind alle Personen, welche am 10. Oktober 1931 (Stichtag) in Berlin wohnten, über 20 Jahre alt waren und selbständig auf eigene Rechnung lebten oder selbständiges Einkommen hatten.

Befreit sind diejenigen, die am Stichtag (10. Oktober 1931) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder in Ausübung des Wahlrechts rechtlich behindert waren oder bei denen das Wahlrecht ruhte. Ferner diejenigen, die am Fälligkeitstage der Steuer reichsgerichtliche Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beziehen, laufend öffentliche Fürsorge genießen, Renten aus der reichsgerichtlichen Sozialversicherung erhalten (sofern ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt) oder eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen.

Die Stadt Berlin erhebt im Rechnungsjahr 1931 (1. April 1931 bis 31. März 1932) die Bürgersteuer mit 300 Proz. des Landesatzes, der sich nach dem Einkommen im Kalenderjahr bzw. Steuerabschnitt 1930 richtet.

Es betragen bei Einkommen	der Landesatz	Erhebungssatz
bis zur einkommensteuerfreien Grenze über der einkommensteuerfreien Grenze	3 M.	9 M.
bis 4500 M.	6 "	18 "
von 4501—6000 M.	9 "	27 "
von 6001—8000 M.	12 "	36 "
von 8001—12000 M.	18 "	54 "

Landesatz und Erhebungssatz steigen in weiteren 9 Stufen bis zum Höchstatz von 2000 Mark bzw. 6000 Mark.

Der Jahressteuerbetrag wird fällig: 1. bei Steuerkartenanforderung mit je einem Sechstel am 10. Tage der Monate Januar, Februar, März, April, Mai, Juni 1932; wird aber der Arbeitslohn wochenweise oder in noch kürzeren Zeitabschnitten gezahlt, so tritt die Fälligkeit mit je einem Zwölftel am 10. und 24. der obengenannten sechs Monate ein; 2. bei den Kuroveranlagen: mit je einem Drittel am 10. Dezember 1931, 10. Februar und 10. März 1932; 3. bei den zufällig Veranlagten: für den geforderten Zusatzbetrag mit je der Hälfte: am 10. Dezember 1931 und 10. Februar 1932, für den auf der Steuerkarte geforderten Betrag in je 6 bzw. 12 Teilbeträgen; 4. bei den übrigen Personen mit je einem Drittel am 10. Dezember 1931, 10. Februar und 10. März 1932.

Die Bürgersteuer ist zu entrichten: durch Einbehaltung vom Arbeitslohn, soweit sie auf der Steuerkarte angefordert ist, und der Pächter am Fälligkeitstage in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht (vgl. Anweisung Seite 4 der Steuerkarte);

durch Zahlung der im Steuerbescheid angegebenen Teilbeträge an die im Bescheid benannte Steuerklasse und, falls ein Arbeitnehmer an einem Fälligkeitstage in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, durch Zahlung des fälligen Teilbetrages an die auf der Steuerkarte angegebene Steuerklasse, wenn nicht Befreiung vorliegt; von den übrigen Personen an die für ihre Wohnung zuständige Steuerklasse.

## 100 000 nützen nichts!

### Freilassung Kagenellenbogens wieder rückgängig gemacht.

Auf die weitere Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat der 3. Strafsenat des Kammergerichts beschlossen, daß Kagenellenbogen nicht gegen Sicherheitsleistung von 100 000 Mark von der Untersuchungshaft verschont wird, sondern daß es bei dem ursprünglichen Haftbefehl des Untersuchungsrichters vom 16. November 1931 verbleibt.

Die Vollstreckung des Haftbefehls ist bis gestern abend noch nicht erfolgt, da Generaldirektor Ludwig Kagenellenbogen bekanntlich in der Charité wegen seines Darmleidens liegt und von Geheimrat Prof. Dr. Sauerbruch behandelt wird. Die Frage der erneuten Verhaftung Kagenellenbogens wird sicherlich davon abhängig sein, ob ihn die Ärzte für haltunfähig erklären oder nicht. Im übrigen ist die Entscheidung des Kammergerichts letztinstanzlich, so daß die Verteidiger keine Rechtsmittel mehr dagegen einlegen können.

In der Begründung stellt sich der 3. Strafsenat des Kammergerichts auf den Standpunkt, daß der Fluchtverdacht angeht, der zu erwartenden hohen Strafe durch die geleistete Kaution von 100 000 Mark nicht entkräftet werde. Es sei auch nicht glaubhaft, daß der drohende Verfall der Kaution, die übrigens Kagenellenbogen nicht selbst, sondern durch seine Freunde habe stellen lassen, ihn an einer Flucht hindern würde, um so weniger, da er sicherlich über sehr weitgehende Verbindungen im Ausland verfüge. Dieser Auffassung stehe auch nicht die Tatsache entgegen, daß das Vermögen einer Treuhändergesellschaft übereignet sei und daß Kagenellenbogen und seine Ehefrau nach der von ihnen abgegebenen eidesstattlichen Erklärung keine Gelder im Ausland besäßen.

## Hausammlung für die Winterhilfe.

Groß ist die GEFREUDIGKEIT der Berliner Bevölkerung zur Verringerung der Not dieses Winters, aber noch reichen die eingegangenen Spenden nicht annähernd aus, um allen bedrängten Mitbürgern zu helfen. Die Berliner Winterhilfe veranstaltet deshalb am 1. und 2. Dezember 1931 eine Hausammlung, deren Ertrag hoffentlich die Weiterführung des begonnenen Hilfswerkes gewährleistet. Sammler und Sammlerinnen der freien Organisationen der Wohlfahrtspflege werden mit Büchsen am 1. und 2. Dezember 1931 von Haus zu Haus gehen. Öffnet ihnen Tür und Hand!

## Rundfunkhörstunde: Der Parteibuchbeamte.

Unter Leitung von Ministerialrat Dr. Falkenberg veranstaltet der Ausschuss für Rundfunkhörstunden eine Aussprache über das Thema: „Der Parteibuchbeamte, soziologischer Unterbau der neuen Beamtenschaft“ im Beisein von Vertretern sämtlicher Beamtengewerkschaften, unter Zugrundelegung eines Rundfunkvortrages von Dr. Pfirrmann über das gleiche Thema. Dr. Pfirrmann wird in der Rundfunkhörstunde erscheinen. Sie findet, wie üblich, im Vortragsaal des Parteibaus, Lindenstraße 3, 2. Hof 2 Treppen links, am Freitag, 27. November, 19.15 Uhr, statt. Karten zum Preise von 10 Pf. sind erhältlich in der Buchhandlung Dieß, Lindenstraße 2, oder telephonisch unter Dönhoff 1886 (Arbeiter-Radio-Bund).

Heute Protestkundgebung gegen das Weltbühnenurteil! Die Protestkundgebung der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, gegen die die nationalsozialistische Presse bereits Sturm gelaufen ist (man ging sogar so weit, in dreifacher Ueberheblichkeit ihr Verbot zu fordern), findet heute im Bach-Saal, Bülowstr. 76, um 8 Uhr statt. Karten an der Abendkasse.

# Polizeipräsident und Verkehrseinschränkung.

## Berechtigte Kritik an den Zuständen auf der U-Bahn.

Der Polizeipräsident Grzesinski hat dem Antrag der Berliner Verkehrs-Gesellschaft auf Einschränkung des Verkehrs mit dem gestrigen Donnerstag im Einvernehmen mit der Reichsbahndirektion Berlin und Preussischen Kleinbahnaufsicht im allgemeinen entsprochen. Er hat aber seine Zustimmung von der Erfüllung folgender Bedingungen und Einschränkungen abhängig gemacht:

1. Während der Spitzenverkehrszeiten muß auf sämtlichen vom Berufsverkehr berührten Strecken durch Einschränkung (Dichtere Zugfolge) und Führen von Anhängern das Platzangebot mindestens in dem jetzt gefahrenen Umfange erhalten bleiben.

2. Ob außerdem künftig mit einem gegen den jetzigen Zustand verstärkten Betriebsprogramm zu fahren ist, wird vom Polizeipräsidenten entschieden, sobald sich der Verkehr der geplanten Umstellung angepaßt hat. In der letzten Zeit haben sich bei der Ueberfüllung der Wagen auf einzelnen Strecken Zustände gezeigt, die zu berechtigten Klagen des Publikums Anlaß gegeben haben und vom Polizeipräsidenten nicht gebilligt werden. Insbesondere gilt dies für die U-Untergrundbahn. Der Polizeipräsident hält es daher für notwendig, zunächst den 6-Minuten-Fahrplan der U-Untergrundbahn auch in der betriebsschwachen Zeit wiederum auf den 5-Minuten-Fahrplan zu bringen, bevor Sechswagenzüge

auf einzelnen Strecken gefahren werden. Eine dichte Zugfolge mit kürzeren Einheiten gewährleistet nach seiner Auffassung eine gleichmäßigere Verteilung des Platzangebotes als eine seltene Folge mit verschiedenen großen Zügen.

3. Für Strecken, welche durch die künftige Linienänderung ohne Verkehrsmittel bleiben, behält sich der Polizeipräsident vor, bei Bedarf die Wiederaufnahme des Betriebes jederzeit zu fordern.

4. Nicht genehmigt wird vom Polizeipräsidenten die Einziehung der Autobuslinie A 28 und die vorgeschlagenen Änderungen der Linien A 16 und A 2. Der Polizeipräsident hofft, den dringlichsten Wünschen der Bevölkerung, die ihm durch die Presse und in zahlreichen Eingaben geworden sind, entsprochen zu haben. Im Einvernehmen mit der Reichsbahndirektion Berlin muß er alle Eingaben und Beschwerden mit dieser Berücksichtigung als beantwortet ansehen.

Eine Stellungnahme hierzu wollen wir uns vorbehalten. Nur soviel mag gesagt werden, daß das Berliner Publikum dem Polizeipräsidenten besonders dafür dankbar sein wird, daß er sich um den Spitzenverkehr (Berufsverkehr) besorgt zeigt und sich entschieden für eine Verbesserung des U-Bahn-Verkehrs eingesetzt hat. Das stillschweigende und eigenmächtige Umwandeln des 5- und 10-Minuten-Fahrplans in 6- und sogar 12-Minuten-Verkehr hat Zustände gezeitigt, die ganz unerträglich sind.

# Gewissensbisse / Gewissenlosigkeit.

## Zwei Schnellschöffengerichtssachen.

Zwei Schnellschöffengerichtssachen: die eine Tat aus Not und Leichtgläubigkeit; die andere aus politischer Verwahrlosung. Der eine Angeklagte ein 19jähriger SA-Mann; der andere ein 23jähriger ehemaliger Fürsorgezögling. Dem Nazi steht eine Vertreterin der Gerichtshilfe zur Seite, um den Fürsorgezögling kummert sich kein Mensch.

Am Nachmittag des 16. d. M. stellte sich beim Polizeirevier verflucht und erschöpft vor Kälte und Hunger ein 23jähriger Bursche: Er habe in der vorigen Nacht einen Heuboden angezündet. Die Selbstbezüglichung entsprach der Wahrheit, der Boden mit 30 Zentner Heu war tatsächlich ausgebrannt. Neun Tage später steht er vor den Richtern wegen fahrlässiger Brandstiftung. Seine Antworten sind gedrückt, seine Erzählung wahrheitsgetreu. Achtzehnjährig kam er in die Fürsorge: Er hatte dem Vater einige hundert Mark gestohlen. Während der drei Anstaltsjahre war er kein einziges Mal zu Hause — in Thüringen. Die Haushälterin, zu dem Jungen aber schlechter als eine Stiefmutter, erdrückte in ihm die Sehnsucht nach dem Elternhaus. Im September d. J. wurde er aus der Anstalt entlassen. Er wohnte beim Vater und arbeitete beim Bauern. Mit der „Stiefmutter“ gab es wie früher Zank. Am 8. November machte er sich ohne Geld und ohne Sachen auf und fuhr nach Berlin. Eine Woche lang bettete er sich durch, schlief in Schuppen oder verbrachte umherirrend schlaflose Nächte. Am Sonntag, dem 15. d. M., überstellerte er in der Ewinemünder Straße ein Tor und erklomm über eine Leiter einen Heuboden eines Pferdestalls. Er zündete sich eine Zigarre an und warf das Zündholz unvorsichtigerweise in das Heu. Im Nu loderten helle Flammen auf. Durch die Luke ließ er sich in den Stall herab und entkam durch die Tür. An die Pferde dachte er nicht in seiner Angst. Er ließ die Nacht über und den nächsten Morgen durch Berlin und stellte sich, von Gewissensbissen geplagt, bei der Polizei. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den jungen Menschen zu drei Monaten; eine Bewährungsfrist verlagte es ihm. Hätte sich die Gerichtshilfe während der neun Tage der Untersuchungshaft seiner angenommen, er hätte vielleicht doch Bewährungsfrist erhalten.

Er möchte so gern zu Weihnachten nach Hause, der Staatsanwalt will sich aber seinetwegen an die Soziale Gerichtshilfe wenden...

Der zweite Angeklagte ein 19jähriger SA-Mann B. Sein Vater ist Kommunist. Im Gegensatz zu dem Fürsorgezögling, der verächtlich dastand, muß dieser sich wegen seines ständigen Lachens vom Vorsitzenden rügen lassen. Am 10. November verließ B. gegen Mitternacht mit einigen SA-Leuten das Nazi-Verkehrslokal in der Petersburger Straße 86, um einen Kameraden nach Hause zu begleiten. Er sah verschiedene Leute von der Roten Hilfe auf der Straße stehen. Mäßig fielen vier bis fünf Schüsse. So stellt es der Junge da. Anders der Zeuge, ein junger Kommunist. Er befand sich mit einigen seiner Genossen auf dem Nachhauseweg, sah eine Gruppe von 15 bis 20 SA-Leuten herumstreifen, fühlte sich bedroht, ließ schleunigst zu dem kommunistischen Verkehrslokal in der Ebertstraße. Da trachten vier Schüsse. Die Tür des Lokals zeigte einen Einschlag. Der Zeuge will mit Bestimmtheit gesehen haben, wie der Angeklagte geschossen hat. Ein anderer Zeuge, der nicht zur Vernehmung kam, will gemerkt haben, wie der angeklagte SA-Mann den Revolver aus der Tasche zog. B. ist von einem Schupobeamten verfolgt worden, er bestreitet auch nicht, sich unter den SA-Leuten auf der Straße befunden, leugnet aber, geschossen zu haben. Eine unerwartete Wendung brachte die Aussage des Sturmführers: Nicht B., sondern ein anderer habe geschossen, allerdings als Erwiderung auf kommunistische Schüsse, von denen übrigens niemand außer diesem Zeugen etwas zu erzählen weiß. Auf Drängen des Gerichts nennt er den Namen des Schützen, gibt aber an, seine Adresse nicht zu kennen. Dieser Schütze habe sich nicht schon früher gemeldet, weil er in Braunschweig gewesen sei; auch er, der Sturmführer, sei dort gewesen. Das Gericht beschließt, die Verhandlung zu verlagern, die Sache zwecks weiterer Ermittlungen der Staatsanwaltschaft weiterzuleiten und den Angeklagten mangels dringenden Tatverdachts aus der Haft zu entlassen. So — triumphiert vorläufig die Rüge. Das Ganze sieht einem verfluchten Tatfaktum täuschend ähnlich. Was sollte hier die Gerichtshilfe, die in der Verhandlung gegen den Einundzwanzigjährigen wohl am Platze gewesen wäre?

## Gastatastrophe in Warschau.

### Sechs Todesopfer. — Fünf Schwerverletzte.

Warschau, 26. November.

Im Keller einer Warschauer Ritzkaserne brach in der Nacht zum Donnerstag ein Gasrohr, wodurch die unteren Räume des Hauses völlig vergast wurden. Sechs Personen, die in diesen Räumen wohnten, wurden tot aufgefunden. Fünf Personen, darunter zwei Kinder, mußten mit schweren Gasvergiftungen in das Krankenhaus übergeführt werden. Es besteht der Verdacht, daß es sich um einen Racheakt eines Mieters handelt, der mit den Getöteten seit längerer Zeit in Streit lag.

## Sonne, Wohnung, Licht für alle.

### Wochenendkongreß 1932 geplant.

In der Jahresversammlung des Berliner Wochenend-Ausschusses e. V. berichtete der Vorsitzende, Karl Vetter, über das Ergebnis der seit der Gründung dieser gemeinnützigen Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1928 geleisteten Werbetätigkeit für die Wochenendbewegung. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln und ehrenamtlicher Tätigkeit erreichte der Ausschuss dank der verständnisvollen Mitarbeit der Tagespresse und der Berliner Funkstunde, daß nach der im Anschluß an die Berliner Wochenend-Ausstellung von 1927 eingetretenen „Wochenendhaufe“ und ihrer teilweise nachteiligen Folgen das Interesse an der grundjährlich wertvollen Wochenendidee erhalten blieb. Der Ausschuss veranstaltete Vorträge in Berliner Rundfunk und Fahrten der Berliner Presse in die Mark Brandenburg und ihrer wochenendnahen Nachbargebiete. Im Berliner Rundfunk wurde in diesem Sommer mit dem „Fünf-Minuten-Wegweiser ins Wochenende“ ein neuer, wirkungsvoller Weg der Bekanntgabe lohnender Wochenendziele beschritten, und zwar unter Berücksichtigung kurzer und längerer Fristen, kleiner und größerer Börden. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder hielt einen einleitenden Vortrag. Für 1932 wird der erste „Wochenend-Kongreß“ vorbereitet. Vielleicht gewinnt diese Tagung besondere Bedeutung im Hinblick auf die vom Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt für Sommer 1932 geplante Schau „Sonne, Wohnung, Licht für alle“, auf der die Probleme des Wochenendes gleichfalls in umfassender Form zur Darstellung gelangen werden.

## Falschmeldung über das Reichsbanner.

Ein Berliner Morgenblatt brachte heute die Meldung von der Gründung einer neuen Tageszeitung durch das Reichsbanner. Die Pressestelle des Bundes Berlin teilt hierzu mit: Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners erklärt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat mit der Gründung irgendwelcher Zeitungen nicht das geringste zu tun.

Ein achtzigjähriger „Vorwärts“-Leser. Der Metalldrucker Hermann Stoebe, Berlin SO 36, Reichsberger Straße 74a, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar, der sich bester Gesundheit erfreut, liest den „Vorwärts“ seit dessen Bestehen.





# „Wir werden weiter schaffen.“

Ansprache Löbes an Reichsbanner und Partei.

Reichsbanner und Sozialdemokratische Partei Reichsverband hatten gemeinsam zu einer Kundgebung aufgerufen, die wieder einmal die innige Verbundenheit und Zusammenarbeit der beiden Organisationen demonstrierte.

Der große Saal im Schützenhaus konnte die Fülle der Erschienenen kaum fassen. Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe sprach über die politische Lage. Nach Ausführungen über die Wirtschaftskrise und ihre politischen Folgen sagte er: Koalitionspolitik entsteht aus der Erkenntnis, daß man Bundesgenossen haben muß, wenn man allein nichts erreichen kann. Mit der Tolerierungspolitik ist es ähnlich. Vielleicht wird die Tolerierung bald am Ende sein, aber es ist die Frage, ob es dann besser oder schlechter werden wird. Der Sturz der Regierung Brüning würde keine sozialistische Regierung bringen. Wir haben die Pflicht, zu sagen, daß nach dem Sturz Brüning eine Regierung Hugenberg-Hilfer kommen wird, vielleicht nicht sofort, aber in Etappen. Eine Regierung Hugenberg-Hilfer wird aber nicht nur alle politischen Rechte der Arbeiterschaft beseitigen, sondern sie wird ihr auch alle sozialen Lasten aufbürden. Ehe wir daher eine Aenderung unserer Politik durchföhren, müssen wir den Arbeitern sagen, daß es nicht besser, sondern schlechter werden wird. Aber man würde später kommen und zu den Führern sagen: Ihr hättet es besser wissen müssen! Es ist kein Grund, den Mut sinken zu lassen. Wir wollen, jeder an seinem Plage, weiter schaffen, weiter arbeiten. Wenn der Gegner uns zwingt, den geistigen Kampfplatz zu verlassen, dann werden Reichsbanner und Partei bereit sein, die Republik auch mit Gewalt zu schützen und zum sozialen Volksstaat auszubauen.

Löbes Rede fand die stürmische Zustimmung der Versammlung.

## Zahnärzte wählen.

Nach den Ärztekammerwahlen fanden die Wahlen für die Landesvertretung der Zahnärzte statt. Während bei den Ärzten sich neun Listen um die Sitze der Berliner Ärztekammer bewarben, waren es bei den Zahnärzten nur drei. Wie immer ging denn auch hier der Kampf letzten Endes um die Stellungnahme zu den Krankenkassen.

Hier Kampf gegen die Krankenkassen, um, wie es im offiziellen Organ des Reichsverbandes der Zahnärzte hieß, „gegen die Verweigerung unseres Volkes“ zu kämpfen, und auf der anderen Seite verständnisvolle Mitarbeit in der Sozialversicherung im Interesse der Versicherten. Wie notwendig diese ist, zeigten die Ausführungen, die Dr. Drucker vor einiger Zeit über die Finanzlage der Krankenkassen machte. So sanken die Kasseneinnahmen von 2,1 Milliarden im Jahre 1929 über 1,9 Milliarden 1930 auf 1,1 Milliarden 1931. Böllig unverständlich ist es deshalb, daß sich der Reichsverband der Zahnärzte unter diesen Umständen bei der Bezahlung seiner Mitglieder auf einen sogenannten Falldurchschnitt, d. h. Bezahlung pro Patient, festlegte. Dr. Drucker führte aus, daß diese Art der Bezahlung, die vom Reichsverband der Zahnärzte als Fortschritt gepriesen wurde, die Zahnärzte zu Betrügnern machen müßte, und glaubte mitteilen zu können, daß es seinen Bemühungen gelungen sein dürfte, daß man von dieser für die Zahnärzteschaft verheerenden Bezahlungsart zu einer sogenannten Pauschale kommen werde, da es eine gute einwandfreie Behandlung der

Rassenmitglieder verbürge. Diese Tätigkeit im Interesse der Zahnärzte fand auch ihren Ausdruck darin, daß seine Wahlliste in Berlin ein Drittel der Mandate der Zahnärztekammer für Preußen bekam.

Interessant ist es, daß unter der Führung des aus der SPD ausgeschlossenen Dr. Fabian eine Liste auftrat, die ganze 45 Stimmen und daher kein Mandat erhielt, während auf die anderen Listen Hunderte von Stimmen entfielen.

## Große öffentliche Kundgebung

am Sonntag, dem 20. November, nachmittags 17 Uhr im Lokal von Klug, Blankenburg, Dorfstraße 2

Thema: **Sozialismus oder Faschismus?**

Referent: **Gottlieb Reese.**

Volksprekassen! Erscheint in Massen!

Gestaltet durch reifen Versammlungsbezug die Veranstaltung zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Faschismus.

**SPD. — Blankenburg.**

## Der Todeschuß im Heizungskeller.

Der Tod des 26 Jahre alten Arbeitslosen Hermann Bloch aus der Krefelder Straße 7 ist jetzt einwandfrei geklärt worden. Im Heizungskeller wurde von der Nordkommission noch einmal eine genaue Durchsuchung vorgenommen. Dabei wurde die Kugel gefunden. Sie war durch den Kopf hindurchgegangen, an einen Eisenträger geprallt und schließlich in ein offenes Spind gefallen. Hieraus konnte die Schußrichtung rekonstruiert werden, und es ergab sich, daß unbedingt Selbstmord vorliegen müsse. Eine Bestätigung fand diese Feststellung in der chemischen Untersuchung der Pistole. Im Laufe wurden noch winzige Fleischteilchen gefunden, eine typische Erscheinung, wenn Selbstmörder die Waffe direkt an die Schläge legen.

Der Vater, Hermann Bloch, der des Mordes an seinem Sohne verdächtigt worden war, ist auf Grund dieser Feststellungen am Donnerstagabend entlassen worden.

## Er verpekulierte Banabel und verschwand.

Nach verfehlten Spekulationen ist der Dentist Emil Zweigenthal, der am Stuttgarter Platz 11 wohnt, verschwunden. Zweigenthal war Geschäftsführer der Dentistenhausgenossenschaft, die von Berliner Mitgliedern des Reichsverbandes Deutscher Dentisten gegründet war, um ein „Haus der Dentisten“ in Berlin zu finanzieren. Von Mitgliedern des Verbandes wurden dieser Genossenschaft größere Summen zur Verfügung gestellt, und Zweigenthal wollte das Geld anlegen und kaufte Effekten, die durch die Wirtschaftskrise unaufhörlich im Kurse sanken, so daß etwa 20 000 Mark verpekuliert wurden. Zweigenthal ist jetzt unauffindbar, und man befürchtet, daß er Hand an sich gelegt hat.

Ushingers Winterhilfe. Die Ushinger A.-G. hat im Rahmen der Berliner Winterhilfe eine große Anzahl von Freitischen bereitgestellt und versorgt eine Reihe ihr von vertrauenswürdiger Seite namhaft gemachter Personen regelmäßig mit Lebensmittelpaketen. Daneben werden an die verschiedensten privaten und amtlichen Stellen täglich in großer Anzahl billige Portionseisen geliefert, und zwar soll diese Bereitstellung verbilligter Mahlzeiten so ausgestaltet werden, daß täglich etwa 100 000 Portionen abgegeben werden können. Ferner wurde ein sogenanntes Studentenessen eingeführt, das von Gönnern der Studentenschaft bezahlt wird und wofür die Studenten von den

betreffenden Stellen Karten erhalten. An Erwerbslose und Wohlfahrtsunterstützte gibt Ushinger im Rahmen der Brotverbilligungsaktion sein Marktbrot mit einem Preisabschlag von 4 Pfennig gegen die bekannten Brotarten ab.

Die Berufungsverhandlungen in den beiden Kurfürstendamm-Prozessen gegen Schuster und Genossen, sowie gegen Graf Heildorf, Brandt und Genossen werden befristet vereinigt und kommen gemeinsam vor die vierte Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohneforge am 17. Dezember zur Verhandlung. Der Prozeß dürfte sich über die Weihnachtsfeierlage hinaus bis in den Monat Januar hineinziehen.

Die Innungskrankenkasse der Berliner Schneiderrinnung war im März dieses Jahres geschlossen worden. Die Schließung der Kasse war damals angeblich wegen grober Unregelmäßigkeiten, die dem Geschäftsführer der Kasse zur Last gelegt wurden, erfolgt. Die eingeleitete Untersuchung durch den Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin hat jetzt ergeben, daß die gegen den Geschäftsführer Böhme erhobenen Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren. Die Staatsanwaltschaft hat daher, ohne Anklage zu erheben, das Verfahren eingestellt. Wie wir weiter hören, ist B. vor Schließung der Kasse freiwillig ausgeschieden.

Deutsche Hochschule für Politik. Der Direktor der Deutschen Hochschule für Politik, Dr. L. Wolfers, hält infolge Ueberfüllung der ersten Veranstaltung die „Weltpolitische Informationsstunde“ in Zukunft zweimal ab, und zwar Freitags von 17 bis 18 Uhr für die Studierenden der Hochschule, von 19 bis 20 Uhr für die Gasthörer. Beide Vorlesungen finden im Großen Hörsaal der Hochschule, Schinkelplatz 6, statt.

Volkskonzerte der Philharmoniker. Das Philharmonische Orchester veranstaltet Volkskonzerte in der Philharmonie am Dienstag, 1. Dezember, 20 Uhr, und am Sonntag, 6. Dezember, 20 Uhr. Leitung: Prof. Julius Bräuer.

Genosse Harter Radtzig vom Bund religiöser Sozialisten wird am Sonntag, dem 20. November (1. Advent), 10 Uhr, in der Philipp-Melanchthon-Kirche in Neufeld, Kranoldstr. 16-17 (Nicht beim Ringbahnhof Hermannstraße), einen Friedensgottesdienst halten, der im Hinblick auf die Weltabrüstungskonferenz 1932 und im Gegensatz zu sonstigen kirchlichen Kundgebungen ein lautes Bekenntnis zur Friedensforderung des Evangeliums und zu allen pazifistischen Bestrebungen sein soll. Alle entschlossenen Friedensfreunde sind hierzu besonders eingeladen.

Die Abneigung in der Ehe, Ehebruch — Geschlechtskrankheit. Vortrag der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten am Freitag, dem 27. November, 20 Uhr, im Brädersteinsaal, Berlin W., Kurfürststr. 115-116. Redner: Professor Kronfeld vom sozialen Standpunkt, Frau Dr. Karen Horney vom psychologischen Standpunkt. Eintritt frei.

## Aus der Partei.

Presseausflüge in Holland.

Die Presse der holländischen Sozialdemokratie bestand bis vor wenigen Wochen hauptsächlich aus dem Zentralorgan „Het Volk“ in Amsterdam und dem „Boorwaarts“ in Rotterdam. Anfangs Oktober betrug die Gesamtauflage der holländischen sozialdemokratischen Presse 110 000 Exemplare. Da wurde eine große Reorganisation vorgenommen, neben dem Zentralorgan sechs Provinzialblätter geschaffen, Format und Umfang stark vergrößert und besonders der unterhaltende Teil ausgestaltet. Die hierauf begonnene Werbekampagne hat einen gewaltigen Erfolg aufzuweisen. Am 1. November war die Gesamtauflage auf 125 000, vierzehn Tage später auf 150 000 gestiegen, und sie beträgt zur Zeit 175 000. Damit ist der feinerzeit viel bewunderte Erfolg des „Daily Herald“ relativ noch übertroffen.

**Panflavin** zum Schutz gegen Halsentzündung

# Fort mit der Binde!

## der moderne Mantel

reinwollener Ulster-Paletot, ganz auf Kunstseide und mit Armelfutter

nur **24<sup>50</sup>**

## der moderne Anzug

reinwollener blauer Kammgarn-Anzug, auf Reinseln und Roßhaar gearbeitet

nur **28<sup>25</sup>**

Viele Tausende tragen ihn schon seit langem zu vollster Zufriedenheit!



**Männer! — Laßt Euch nicht beirren durch den Hinweis auf „bessere Qualität“ als Erklärung für den „höheren Preis“, den man von Euch dafür verlangt.**

**Das C & A-System hat es fertig gebracht, auch in den niedrigen Preislagen Qualitätsware zu bringen.**

**Wie gut Sie aussehen, wenn Sie Ihre Kleidung bei uns kaufen, und wie außerordentlich viel Sie dabei sparen können, davon werden Sie erst den richtigen Begriff bekommen, wenn Sie einmal zu uns kommen.**

**Immer gebieterischer fordert die Zeit „gutes Aussehen“ und „billigen Einkauf“. Beides bekommen Sie bei uns! Machen Sie einen Versuch — — —**

# GEHEN SIE ZU

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33  
Delm Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz









# „Strafantrag“ gegen Severing

## Eine Rassisterei.

Ab und zu leisten sich die Nationalsozialisten auch einmal ein Späßchen. Der „Preussische Pressedienst der Nationalsozialistischen Partei“ verbindet der Welt, daß der Landtagsabgeordnete Rube beim Oberstaatsanwalt beim Landgericht I, Berlin, Strafantrag gegen den preussischen Innenminister Carl Severing gestellt hat.

Was ist das für ein Verbrechen, dessen sich Minister Severing schuldig gemacht haben soll? Der Polizeiminister hat nach Meinung des „streng legalen“ Rube in eine Amtshandlung der preussischen Polizei eingegriffen und — man höre und staune! — das Delikt der Gefangenensbefreiung begangen!

Es handelt sich um die Sistierung einiger Reichsbannermitglieder, die nach Schluß einer republikanischen Kundgebung am Dienstagabend im Herrenhaus wegen Hochrufe auf die Republik und Severing unverständlicherweise von der Polizei sistiert wurden. Minister Severing, der davon sofort Kenntnis erhielt, hat bekanntlich durch sein persönliches Eingreifen die Entlassung der Reichsbannermitglieder veranlaßt.

Zur Sache selbst sei bemerkt, daß die sinngemäße Anwendung bestehender gesetzlicher Bestimmungen über die Bannweile und der Rotverordnungen durch untergeordnete Polizeibehörden auf keinen Fall dazu führen darf, Leute, die keinesfalls die Absicht hatten, belästigende Bestimmungen zu verletzen, die sich gegen die Gegner der Republik wenden, ausgerechnet wegen Hochrufe auf die Republik festzunehmen.

Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß seiner Zeit beim Empfang Hitlers durch Hindenburg weder die Bestimmungen der Rotverordnung noch die über die Bannweile von der Absperrung leitenden Polizeioffizier veranlaßt haben, gegen die Ansammlung der Hitlerjünglinge in der Wilhelmstraße einzuschreiten oder gar etwa Hochrufe auf Hitler zu verhaften.

Die Auslassungen Rubes hätten uns keinen Anlaß zu irgend-einer Äußerung gegeben. Aber da ein Teil der Berliner Rechtspresse, der sich geradenwegs zu Handlungen der Hansellpartei macht, die gleiche „Entrüstung“ gegen Severings Eingreifen nach außen zur Schau stellt, so sei an die Duldung der Hitler-Operation in der Wilhelmstraße hier ausdrücklich erinnert. Sie hebt sich seltsam ab von dem Eifer, der gegen hochrufende Reichsbannerleute angewandt wurde.

# England treibt zum Zollkrieg.

## Immer mehr Einzelzölle.

London, 26. November. (Eigenbericht.)

Die englischen Schutzzöllner haben einen neuen Sieg über die Regierung oder genauer gesagt über die freihändlerischen Elemente in ihr errungen. Am Donnerstagnachmittag kündigte der Landwirtschaftsminister an, daß die Regierung in der nächsten Woche ein Ermächtigungsgesetz für die Verordnung von Zöllen auf Frühgemüse und andere Frühprodukte vom Parlament verabschieden lassen werde. Ferner verkündete er, daß die Regierung das Prinzip des Beimahlungs-zwangs für englischen Weizen angenommen habe. Man rechnet mit einem Beimahlungs-zwang von 15 bis 20 Proz.

Das ist das letzte Ergebnis des ständig wachsenden Drucks, der von den Vorkämpfern des Protektionismus auf die Regierung ausgeht. Nach den Runciman-Zöllen auf gewisse Fertigfabrikate, die am Mittwoch in Kraft getreten sind, sind jetzt auch Zölle für Feinlaxostoffen, Tomaten, Spargel, Gurken, Schnittblumen sowie Konserven zu erwarten, von denen in erster Linie Frankreich, Belgien und Holland betroffen werden. Diese Länder werden natürlich zu Gegenmaßnahmen greifen, und der Zollkrieg erscheint unermesslich. Bereits jetzt bekommt England die Folgen seiner neuen Handelspolitik zu spüren. Die 15prozentigen Zölle auf die englische Einfuhr, die Frankreich unter der Begründung der Hundentwertung erhebt, sowie vor allem die Herabsetzung der Einfuhrquote für englische Kohle von 80 auf 72 Proz. des Durchschnitts der letzten drei Jahre treffen die englischen Kohlenbergwerke in Wales sehr empfindlich. Die Regierung hat zwar im Unterhaus versprochen, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, doch ist ihre Position in einem Augenblick, in dem sie prohibitive Maßnahmen gegen die Einfuhr französischer Frühgemüses ankündigt, nicht sehr stark. Trotzdem geht die Schutz-zollwelle in England weiter. Schon werden Zölle auf Zuckerrüben, Fischereiwaren, Eisen, Stahl usw. verlangt. Das Ziel des Protektionismus ist, nach und nach so viele Einzelzölle durchzusetzen, daß die Einführung eines Generaltariffs schließlich praktisch keine Veränderung der Lage, sondern nur noch eine gesetzgeberische Ordnung der tatsächlichen Verhältnisse bedeuten wird.

# Nicht Tote in Freiwaldau.

## Parlamentarische Untersuchung.

Prag, 26. November. (Eigenbericht.)

Die Zahl der bei dem Zusammenstoß mit der Gendarmenriege ums Leben gekommenen Personen hat sich auf acht erhöht, da im Krankenhaus Freiwaldau zwei Verletzte ihren Verwundungen erlegen sind. Die Zahl der Verletzten beträgt 13 und bei der Gendarmenriege 14; vier Gendarmen erlitten Gehirnerschütterungen. Der amtliche Bericht bestätigt, daß zwei Arbeiter im Rücken verletzt wurden. Die Verletzungen der Gendarmen sind entgegen dem von schweren Verwundungen sprechenden amtlichen Bericht nur geringer Natur. Der Gendarmenoffizier, der den Befehl zum Schießen gab, ist nur an der Lippe verletzt und befindet sich in häuslicher Pflege.

Die nach Freiwaldau entsandte parlamentarische Untersuchungskommission hat ihren Bericht erstattet; er stellt fest, daß ein kommunistischer Abgeordneter den Demonstrationszug geführt und nach den Kolbenstößen der Gendarmen gegen die vorangehenden Frauen und Kinder, die Demonstranten zur Gegenwehr aufgefordert hat. Jedoch erklärt der Bericht, wenn der Bezirkshauptmann (Vondral) das Kommando selbst geführt hätte, statt es dem Offizier zu überlassen, die mörderische Salve wohl nicht gefallen wäre.

Im Freiwaldauer Glendgebiet verdienen die Stein- und Kalkarbeiter, soweit sie noch in Arbeit stehen, wöchentlich — 10,88 Mark! Lohnabbauversuche der Unternehmer haben die Erregung gesteigert und bereits einen Streik hervorgerufen.

Regierungsschutz in Australien. Die Bundesregierung erhielt bei der Abstimmung nur 32 Stimmen gegen 37 Stimmen der Opposition. Dem Finanzminister Theobald wurde von der Opposition parteiliche Verwaltung der Unterstützungsgelder für Arbeitslose vorgeworfen. Man rechnet mit Reserven vielleicht schon im Januar.

# Blick ins Dritte Reich.



Genau nach dem Regierungsprogramm der Nazis zusammengestellt.

# Laval und die Reparationsfrage.

## Für Brüning — gegen die deutschen Nationalisten.

Paris, 26. November. (Eigenbericht.)

In der Kammer antwortete am Donnerstag nachmittag Ministerpräsident Laval auf die verschiedenen Interpellationen über die Außenpolitik. Das Haus und die Tribünen waren stark besetzt. In der ersten Reihe der Diplomatenloge sah man den deutschen Botschafter von Hoersch.

Laval beschränkte sich in seiner Rede, die kaum eine halbe Stunde dauerte und nichts Neues brachte, auf eine Erläuterung der internationalen Verhandlungen und Besprechungen, die seit Juli stattgefunden haben, und schloß daran einige Bemerkungen über die „Adein und Grundsätze, die die französische Regierung bei den kommenden Reparationsverhandlungen verteidigen werde“. Während Laval in dem ersten historischen Teil seiner Ausführungen äußerst herzliche Worte über Brüning und die „wahrhafte Entente“ sand, kennzeichnete er im zweiten Teil die Haltung Deutschlands und verteidigte das Recht Frankreichs auf Reparationen in einer Weise, die ihm zwar den stürmischen Beifall der Rechten und der Mitte brachte, in Deutschland aber Mißfallen erregen muß. Allerdings muß man anerkennen, daß der Ministerpräsident jede derartige Äußerung sofort durch verständnisvolle Worte über die Lage Deutschlands abschwächte und die Bereitwilligkeit Frankreichs erklärte, dieser Lage Rechnung zu tragen. Ferner darf man nicht vergessen, daß Laval aus innerpolitischen Gründen gezwungen ist, auf die Auffassung seiner Rechtschaffenheit Rücksicht zu nehmen. Wenn man in Anbetracht dieser Tatsachen die Bilanz aus seiner Rede zieht, kommt man zu dem Ergebnis, daß Frankreich bei den kommenden Reparationsverhandlungen unter Vorbehalt der Respektierung der Verträge eine verständliche Haltung einnehmen wird.

Laval begann seine Rede mit der Erklärung, daß die Regierungschefs nie eine so große Verantwortung zu tragen gehabt hätten wie jetzt. Verschiedene Interpellanten hätten die Regierung zum Handeln aufgefordert. Es sei leicht, dieses zu verlangen, aber weniger leicht, die Worte in die Tat umzusetzen. Er habe der Kammer vor den Verhandlungen versprochen, die Unterschrift Frankreichs nicht ohne die Zustimmung des Parlaments zu engagieren. Dieses Versprechen habe er gehalten. In seiner ersten einstündigen Pariser Besprechung mit Brüning hätten Brüning und er ihre Standpunkte dargelegt. Sie hätten sich schätzen und achten gelernt, und er, Laval, könne der Kammer nicht sagen, wie ergreifend diese Aussprache gewesen sei. Leider habe sich schon bei dieser Gelegenheit gezeigt und später in London bestätigt, daß es unmöglich sei, Deutschland eine sofortige Unterstützung zu gewähren. Wenn Frankreich habe einen Plan gehabt. Es habe eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands vorgeschlagen, aber die Garantien der Regierung für die Anleihe hätten von gewissen Ländern und gewissen politischen Maßnahmen seitens Deutschlands abhängig gemacht werden müssen, die sich als undurchführbar erwiesen hätten.

### Der Empfang in Berlin

sei durchaus herzlich gewesen und habe keinen Rißton hinterlassen. Die Reise nach Washington habe man mit großen Hoffnungen erwartet. Es habe sich aber bei den Besprechungen mit Hoover nicht um eine Konferenz, sondern um eine Aussprache über eine aktivere Politik internationaler Zusammenarbeit gehandelt. Damit hätten Hoover und er nicht nur den Interessen Frankreichs und Amerikas, sondern denen der ganzen Welt gedient. Hoover und er hätten sich darüber verständigt, daß an Stelle des außerordentlichen Hoover-Regimes in bezug auf die Reparationen wieder das normale System des Young-Plans treten solle.

Zu dem zweiten Teil seiner Ausführungen übergehend, bemerkte Laval zunächst, daß Frankreich seit dem Versailler Vertrag ständig große Opfer gebracht habe. An dem geheiligten Charakter der Reparationen müsse Frankreich aber festhalten. Deutschland habe sich auf dem Anleihewege Gelder beschafft, die es für verschwenderische Ausgaben und für den Ausbau seiner Industrie verwandt habe. Als diese Gelder aber fällig geworden seien, habe es sich zahlungsunfähig erklärt. Als Gläubiger Deutschlands habe Frankreich das Recht, diese Politik streng zu kritisieren. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.)

Überaus zahlreich seien die nationalsozialistischen Kundgebungen in Deutschland, an denen ein großer Teil der Mächtigkeit teilnehme. Er erkenne zwar das Gerede des deutschen Volkes in jeder Weise an, müsse aber die Frage stellen, was man in Deutschland sagen würde, wenn derartige Kundgebungen in

Frankreich stattfänden. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Ohne die Würde des deutschen Volkes zu verletzen, habe er das Recht und die Pflicht, so zu sprechen. Die Vorbedingung für normale Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sei die vertrauliche und normale Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern.

Laval ging dann auf den deutschen Antrag, betreffend die Einberufung des Sachverständigenausschusses, ein. Er erklärte, Frankreich werde bei den kommenden Verhandlungen von Deutschland die Achtung der gegebenen Worte und Unterschriften verlangen. Die Hoager Abkommen seien auf der Basis einer vollkommenen Gleichberechtigung abgeschlossen worden. Frankreich werde sich aber nicht weigern, die Bedingungen und Modalitäten für einen neuen Zahlungsplan während der Zeit der wirtschaftlichen Depression zu prüfen. Es liege im Interesse Frankreichs und aller anderen Staaten, daß Deutschland wieder zahlungsfähig werde. Auf eine Verringerung der Reparationen könne Frankreich nur eingehen, wenn eine gleich hohe Herabsetzung der Kriegsschulden erfolgt sei. Frankreich könne keine Priorität der kurzfristigen Kredite vor den Reparationszahlungen anerkennen. In dem Prinzip der ungeschützten Zahlungen des Young-Plans könne Frankreich ebenfalls nicht zürückweichen lassen. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.)

Am Anschluß daran erklärte sich der Ministerpräsident bereit, auf alle Fragen zu antworten, die von den Fraktionsrednern gestellt würden.

Zusammenfassend erklärte Laval am Schluß seiner Rede: Frankreich genieße zur Zeit ein unvergleichliches Prestige. Es hege keinerlei Hegemoniepläne, es habe keinen Ehrgeiz. Es wolle dem alten Ideal dieser Zivilisation dienen und den wahren Frieden schaffen. Für diese Aufgabe, der sich die Regierung gewidmet hat, verlange ich Ihr Vertrauen. (Großer Beifall rechts und in der Mitte. Die Radikalen und die Sozialisten hatten sich während der ganzen Rede vollkommen schweigend verhalten.) Es wurde beschlossen, die Debatte in einer Nachtigung fortzusetzen.

### Franklin-Bouillon verurteilt Sturmgenen.

In der Nachtigung verurteilte eine nationalsozialistische Heerde des Abg. Franklin-Bouillon mehrfache Sturmgenen, besonders als der Redner Laval daran erinnerte, daß er als Sozialist während des Krieges für die Entsendung einer französischen Delegation zu der Stockholmer Sozialistenkonferenz eingetreten sei.

Außerdem geriet Franklin-Bouillon mit den Sozialisten in Konflikt, als er der deutschen Sozialdemokratie ihre Unterstützung der Regierung Brüning vorwarf. Die französischen Sozialisten, so meinte er, begräßen die Einheit in Deutschland, nicht aber im eigenen Lande. Darauf gab es einen minutenlangen schweren Kampf im ganzen Hause.

Die sozialistische Fraktion hat für den Abschluß der Debatte eine lange Resolution eingebracht, in der u. a. erklärt wird, daß die Mittel zur Bekämpfung der Krise in einer internationalen Aktion der Zusammenarbeit und Solidarität gesucht werden müsse; daß diese Zusammenarbeit auf der deutsch-französischen Annäherung aufgebaut sein und in einer europäischen Organisation fortgesetzt werden muß, die auf eine Stabilisierung der Währungen, Erhöhung des Warenverkehrs, Regelung der Produktion und Erhöhung der Kaufkraft hinzielt; daß die Vorbedingung für sie die Organisation des Friedens und die allmähliche Herabsetzung der Rüstungen bis zu einer gleichzeitigen und kontrollierten Abrüstung sei. Die Kammer fordere daher die Regierung auf, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, u. a. das

Abüstungsmemorandum vom Juli durch ein neues zu ersetzen, das dem Geist des Völkervertrages und dem Willen der Völker entspreche, und gebe zur Tagesordnung über.

Die Entschließung enthält also zwar weder den Ausdruck des Vertrauens noch des Mißtrauens gegenüber der Regierung, wendet sich aber durch ihre Schlussforderung deutlich gegen den Kriegsminister Maginot. Die radikale Fraktion hat unter Herriots Vorsitz beschlossen, für die sozialistische Resolution zu stimmen.

Philipp Snowden ist als Ehrgast für das Vertrauen der Arbeiter zum Lord Northham ernannt worden. In Purpur und Hermelin gekleidet, unter den hierbei üblichen Zeremonien, hielt er seinen Einzug in das Haus der Lords. Die wenigen arbeitertypischen Mitglieder fehlten.







Richard Huelsenbeck: Abenteuer in Lissabon

Ich stand auf der Praça do commercio und überlegte mir, was zu tun sei, als ich vor dem Zollgebäude rechter Hand einen amerikanischen Wagen bemerkte...

Ich habe mir im Laufe meiner zahlreichen Reisen eine gottesfürchtige Unverschämtheit angewöhnt; ich trat also näher und versuchte die zahlreichen Leistungsplakette und Klubschilder zu entziffern...

Die Dame war nun auch hinzugetreten; sie fügte ihre Erklärungen den Meinungen des Gatten hinzu; aber der gute Zollfrige stand, als wäre er gerade geboren worden...

Der Mann hieß Burden, James Burden, ein prachtvoller, heiterer Geselle, der mir später erklärte, er sei in Chicago Häuflermeister gewesen...

Es war wirklich ein prachtvoller Wagen; die völlig ausgehöhlten Wege nach Cintra fuhren mir wie in Abrahams Schoß. Der reisende Häuflermeister entpuppte sich als ein wahres Juwel von Mensch...

In Cintra staunte Burden über die Burg; Möbelstücke, die ihm gefielen, klopfte er genau und unterleuchte sie auf ihren Materialwert. Wirklich interessant fand er einen Raum, in dem wie der Führer erzählte, ein Königsohn sieben Jahre gefangen gefessen hatte...

Wir saßen in dem Speisezimmer eines kleinen Restaurants; die Tischtücher waren bestickt und die Spaghetti kalt; aber James blühte nur nach der Weinart. Wir stießen auf das Wohl unserer Vaterländer an...

Am folgenden Tag machte ich einen Spaziergang durch die große Freiheitsallee; ich bewunderte die eleganten Portugiesinnen und staunte das ungezwungene Leben an...

„n Tag, Mister Burden,“ sagte ich, „wie geht's? Ist Ihnen die gestrige Fahrt gut bekommen?“ Burden sah mich etwas verschümmelt an...

„Einen Herrn, dessen Namen Sie nicht verstanden haben? Und Ihre Gattin... hat sie ihn auch nicht verstanden...?“ Swendolyn war schon im Hotel.

Burden nickte; ich merkte, daß er geneigt war, seinem Herzen Luft zu machen.

Wir setzten uns an eins der kleinen Marmor-tischen, die vor einem Kaffeehaus standen. Ein speckiger Kellner schob uns Tee hin; es gab hier mehr Fliegen als Gäste...

„Es ist natürlich so,“ sagte Burden, „daß ich einen gewissen Freiheitsdrang verspüre; darüber müßte ich Sie nicht im unklaren lassen. Ich sehe gern mal ein Tanzlokal, obgleich ich mich für zu gelehrt halte, um selbst noch an diesem Vergnügen teilzunehmen.“

Ich suchte die Achseln. Burden fuhr fort: „Ich habe 'ne gewisse Schwäche für außerordentliche Schicksale; das ist wahr. Bei uns in USA geht der Tag so ziemlich regelmäßig seinen Weg...“

„Es gibt hier auch viele Kerle,“ sagte ich, „die auf Reifende scharf sind so wie Sie Mister Burden. Die erzählen dann das Blaue vom Himmel herunter, weil sie hoffen, irgendeinen Vorteil dabei zu erwischen.“

Burden nickte: „Der Mann war ganz braunschwarz wie ein Neger. Habe mir gesagt, daß die Sonne in Mozambique natürlich allerlei Hitze in sich hat, und daß ein Mensch kein Pferd ist.“

„n braunes Fell wird man schon kriegen,“ sagte ich.

„Eins war dem Burden jedenfalls nicht ausgebrannt worden. Er hatte 'n feinen Riecher; er wußte gleich, daß ich mal gern so 'n bißchen Freiheit genossen hätte.“

„Ich sah Burden noch eine Zeilang; er schritt vorsichtig, in tiefen Gedanken.“

Dr. Hans Meier: Die weißen Stellen der Landkarte

In früheren Jahrhunderten haben die Hersteller von Landkarten die einzelnen Teile, die noch nicht bekannt waren, entweder aus freier Phantasie willkürlich ergänzt und damit manchmal größte Verwirrung gestiftet, oder sie haben dort allerlei schwindendes Beiwerk, auch Fabelwesen und Seemächener eingezeichnet.

Welche Gebiete sind wirklich erforscht?

Wirklich zuverlässige Karten gibt es nur für etwa 27 Millionen Quadratkilometer, das ist ein Gebiet etwas größer als Nordamerika, noch nicht ein Fünftel der gesamten Landoberfläche der Erdkugel.

Geographische Ueberraschungen.

Eine solche Ueberraschung war z. B. im Jahre 1927 die Entdeckung des Tscheringebirges. Ich selbst konnte auf meiner Reise in der noch wenig erforschten nördlichen Randstrecke feststellen, daß dort Flüsse und Gebirge auf den neuesten Karten um über 100 Kilometer verschiedenes eingetragen waren.

Die weißen Stellen der Landkarte.

Auf genaueren Karten nehmen die weißen Stellen, das heißt die ungenügend erforschten Gebiete, noch immer die Hälfte der gesamten Landfläche der Erde ein.

Ich verstand. Burden machte eine ziemlich unglückliche Figur. „Was ist nun geschehen?“

„D nicht viel! Wir sind ein wenig spazieren gegangen; und es war mir, als hätte der Kerl meine geheimsten Gedanken eher gemußt als ich selbst. Ich bin ein Mensch, der sich gern lenken läßt; aus reiner Bequemlichkeit, wissen Sie.“

„Wäre auch möglich, daß er sich gedacht hat: Gut, daß ich jemanden gefunden habe, der mir eine Flasche Wein bezahlt...“ Burden wehrte ärgerlich ab: „Das ist selbstverständlich, das bedarf gar keines Wortes.“

„Sicherlich! Haben Sie auch getanz, Mister Burden...?“

„Ja, getanzt und getrunken...“

„Und was ist nun los...?“

Burden neigte sich zu meinem Ohr: „Erstens ist Swendolyn verknüpft, und zweitens ist meine Brieftasche mit meinem Scheckbuch weg...“

„Gestohlen...“

Burden suchte die Achseln.

„Sie müssen die Schecks sofort sperren lassen...“

Wir erhoben uns, zählten und schritten die Avenida hinab.

Burden sagte: „Das lohnt sich nicht; da waren nur noch hundert Dollar drauf. Wenn mir einer das Scheckbuch geklaut hat, so soll er sich mit den hundert Dollar einen guten Tag machen.“

„Aber Swendolyn...“

Burdens Gesicht verfinsterte sich. „Das ist wahr,“ sagte er, „mit Swendolyn ist die Geschichte schmerzlicher...“

Burden wollte mich bestimmen, mit ihm ins Hotel zu gehen; aber ich lehnte ab; die Perlenkette und das Borsogn hatten mir einen Respekt abgedrückt, der mir erst jetzt zum vollen Bewußtsein kam.

Ich sah Burden noch eine Zeilang; er schritt vorsichtig, in tiefen Gedanken.

artenmäßig aufgenommen. Seefarten von großer Genauigkeit, die freilich vom Lande nur die allernächste Umgebung der Küste darstellen und nur für Schiffsfahrzwecke dienen, besitzen wir heute von fast allen Weltlandstrichen und wichtigen Inseln.

Wasserlose Wüsten und undurchdringliche Urwälder, unwegsame Hohegebirge und dürre Trodensteppen, feuchtheißes Fieberklima und ewig gefrorener Frostboden legen in gleicher Weise den Fortschreitenden Hindernisse entgegen und erschweren in besonderer Weise die Arbeit des mit topographischen Meßgerät, Meßplatte, Kompaß und empfindlichen, schwer transportablen Präzisionsinstrumenten arbeitenden Landmessers.

Die unbekanntesten Gebiete der Erde.

Will man unter den genannten Gebieten noch eine engere Auswahl derjenigen Gegenden treffen, in denen uns die Grundlagen einer Kartendarstellung am meisten mangeln, so sind das außer den von Menschen überhaupt noch nicht erreichten Landstrichen im Nord- und Südpolargebiet namentlich die großen Urwaldländer.

Ratten als Wetterpropheten. Während der Stürme, die in den letzten Tagen die Küste der Bretagne heimsuchten und schweren Schaden hervorriefen, hat man merkwürdige Beobachtungen über den Wetterlauf der Ratten gemacht. Es fiel auf, daß zu Orient und an verschiedenen anderen Orten der Küste Scharen von Ratten, die sonst in den Docks ihr Wesen trieben, plötzlich landeinwärts wanderten und ihren Unterschlupf in Häusern, Ställen und Scheunen suchten.



# Deutsche Stillhaltungsgefahren.

## Bankbilanzen für Ende Oktober. — Die eingefrorenen Kredite.

Nach stärker als das Ausland gegenüber Deutschland halten die deutschen Banken gegenüber ihrer Großkundenschaft still. Das Ausland fliehen immer noch Gelder zurück, und da im Inland sozial Bankkredite eingefroren sind — das ist die Stillhaltung gegenüber der Industrie —, muß auf der anderen Seite auch die Reichsbank gegenüber den Banken stillhalten. Im ganzen muß sogar die Reichsbank wegen der starken inneren Stillhaltung der Banken gegenüber der Kundenschaft und infolge des Rückflusses von Krediten ins Ausland den deutschen Banken noch zusätzliche Kredite gewähren. Das ist das Bild, das sich aus den von der Reichsbank jetzt veröffentlichten Monatsbilanzen der deutschen Banken für Ende Oktober ergibt.

Die Gesamtsumme der Kreditoren (fremde Gelder) ist bei den Großbanken von 7873 auf 7500 Millionen weiter gesunken; bei sämtlichen Kreditbanken von 10 196 auf 9783 Millionen. Dem hätte normalerweise ein Rückgang der Debitoren, das heißt der ausgeliehenen Kredite, in einer Wirtschaftskrise wie jetzt entsprechen müssen. Aber im Oktober war das Gegenteil der Fall. Wo die Banken stillgehalten haben, hat man offenbar noch Kredite nachliefern müssen, um die alten nicht zu gefährden. Dem Rückgang der Debitoren im August und September ist im Oktober eine Steigerung gefolgt: bei den sechs Großbanken um 15 auf 5430 Millionen. Bei sämtlichen Kreditbanken (Einfluß der Provinzbanken) zeigt sich bemerkenswerterweise hier ein Rückgang, nämlich um 23 auf 6939 Millionen. Ein neuer Beweis, wie sehr in erster Linie die festgefrorenen Großkredite der Großbanken das deutsche Bank- und Kreditwesen belasten.

Hat sich der Bankkommissar darüber schon Gedanken gemacht, ob er hier nicht einmal eingreifen muß?

Da die Kredite eingefroren sind, die fremden Gelder aber zurückgehen, mußte natürlich Ersatz geschaffen werden. Den hat man sich bei der Reichsbank geholt. Der Rückgang des Wechselbestandes bei den Großbanken von 1509 auf 1406 Millionen, bei sämtlichen Kreditbanken von 2165 auf 2105 Millionen und die gleichzeitige Lastfrage, daß die sogenannten Indossamente (Querschreiben bei der Weitergabe von Wechseln und ähnliches) bei den Großbanken von 1395 auf 1567 Millionen gestiegen sind, lassen deutlich die Reichsbank als wichtigsten Kreditgeber erkennen. Uebrigens zeigt sich an der kleineren Steigerung der Indossamente und dem kleineren Rückgang der Wechselbestände bei sämtlichen Kreditbanken wieder, daß die Provinz weniger stark die Reichsbank als letzte Kreditquelle in Anspruch nimmt.

Auch hier eine Frage an den Bankkommissar: Es wäre Zeit, sich einmal darum zu kümmern, wieviel Finanzwechsel der Großbanken noch über die Reichsbank laufen und wie die Güte der Bankquerschreiben bei den weitergegebenen Wechseln zu bewerten ist.

Barschüsse auf lagernde und schwimmende Waren sind trotz des wachsenden Luhenhandelsüberschusses bei den Großbanken von 1283 auf 1227, bei sämtlichen Kreditbanken von 1489 auf 1439 Millionen zurückgegangen. Im allgemeinen haben sich auch die Kassenbestände und Guthaben der Banken im Oktober verringert. Auch eine Folge der Kreditorenabzüge, die aber nicht einzutreten brauchte, wenn die Kredite nicht massenhaft eingefroren wären.

Man sollte daran denken, wie man mit diesem Mobilitätsproblem einmal fertig würde. Es ist viel wichtiger als alle Konvertierungs- und Zinsentzugspläne, mit denen sich ja auch die Reichsregierung beschäftigt hat.

# Die unmögliche neueste Osthilfe.

## Antikapitalismus im Dienst einer großagrarisches Stützung.

Noch nicht 14 Tage sind seit dem Erlass der neuen Osthilfeverordnung vergangen, aber kein Tag ist verstrichen, an dem nicht schärfste Bedenken gegen diese neue Verordnung von den verschiedensten Seiten geäußert worden sind. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankentriebe sind gleichmäßig gegen die Verordnung aufgetreten. Schlangenschönungen hat recht: keine Verordnung ist ein „bisher unerhörter Eingriff in das Wirtschaftsleben“. Aber dieser Eingriff ist

alles weniger als ein Akt staats- und agrarpolitischer Weisheit in der Geschichte der Osthilfe.

Die Geschichte der Osthilfe ist trotz ihrer zweijährigen Dauer bereits äußerst wechselvoll. Sie begann mit einer Teilsaktion für Ostpreußen im Jahre 1928, und zwar als Umschuldungshilfe. Staatliche Mittel wurden bereitgestellt, um privaten Personalkredit abzuschließen und zu verbilligen. Der Sinn dieser Art Umschuldungshilfe war es, durch Schuldentensordnungen und Zinsentzug eine Ueberbrückungsmöglichkeit zu schaffen, bis zum „Wiedereintritt der Konjunktur“.

Die Konjunktur trat aber nicht ein, weil sie nicht eintreten konnte. Die Veränderungen in der Agrarstruktur der Welt konnten in ihren Auswirkungen auch von der deutschen Landwirtschaft nicht ferngehalten werden. Immer wieder wurde von uns und auch von der bürgerlichen Presse darauf hingewiesen, daß es ein vergebliches Bemühen bleiben muß, die Struktur der deutschen Landwirtschaft von den weltwirtschaftlichen Wandlungen abzuhängen. Aber die Osthilfe, in wiederholter erneuerter Auflage auf immer weitere Gebiete des Ostens ausgedehnt, marschierte ihren alten Weg unangefochten weiter. Umschuldung und Zinsentzug, nicht Strukturangepassung blieben ihre Kernstücke. Die erwartete Wiederherstellung der großbetrieblichen Rentabilität blieb aus.

Schließlich erkannte man auch in der Reichsregierung, daß alles festgefahren war. So kam der neue Reichskommissar und legte seine Pläne vor, die jetzt fertig sind. Freuen, dem es schon lange unheimlich war, mit der Verantwortung für ein falsch gestelltes Problem belastet zu sein, gab dem Reich die neuen Weg frei für seine neuen Absichten. Die Frage, ob die in der neuen Verordnung vorgenommenen Eingriffe politisch und wirtschaftlich das Richtige getroffen haben, ist nahezu reiflos zu verneinen. Keine Empfehlung für die gewählten Methoden ist es schon.

daß ein schlechtes preußisches Beispiel aus dem Jahre 1815 Nachahmung gefunden hat,

aus einer Zeit, in der es noch kaum wirkliche Geld- und Kapitalwirtschaft im östlichen Preußen gegeben hat. Im Mittelpunkt der neuen Verordnung steht ein Sicherungsverfahren, das Zwangssozialleistungen jeder Art verbietet und den Gläubiger damit außerstand setzt, von den bestehenden Rechtsgarantien Gebrauch zu machen. Jeder Zwangssozialleistung noch Konturje noch die Inanspruchnahme aller Rangfolgen bei der Verfolgung der Gläubigeransprüche sind zugelassen. Wenn diese Aufhebung der bisherigen Garantien auch für jeden einzelnen Betrieb gefordert ausgeprochen werden muß, so handelt es sich in Wirklichkeit doch um ein Revokatorium für die gesamte ostdeutsche Landwirtschaft. Und dieses Revokatorium ist nicht einmal befristet!

Damit hat die neue Verordnung aber genau denjenigen Weg beschritten, den bereits im Jahre 1815 „die preussische Krone“ gegangen ist. Unter den Kriegsfolgen von 1806 und 1807 waren die west- und ostpreussischen Landschaften in Not geraten. Die preussische Regierung begegnete damals Pfandlagen kurzer Hand durch ein Revokatorium, das die Geldentwertung der Hypotheken- und Pfandbriefrechte außer Kraft setzte. Mit staatlichen Zinszuschüssen wurde die Zinszahlung und die Abdeckung der bei den Landschaften eingetretenen Ausfälle erledigt. Der Staat übernahm das Risiko des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu Lasten der Allgemeinheit. Prinzipiell, wenn auch mit Abwandlungen in Einzelheiten, ist heute nichts anderes geschehen. Dieses Vorgehen war schon damals in hohem Maß wirtschaftlich und staatspolitisch reaktionär.

Nach 115 Jahren aber können Großagrarien in der russischen Republik noch den gleichen verderblichen Einfluß ausüben.

Damit ist ausgedrückt, daß es sich bei den getroffenen Maßnahmen nicht um eine Hilfe rein ökonomischer Natur handelt. Es gibt in der organisierten Arbeiter- und Ber-

braucherschaft niemanden, der nicht freudig Maßnahmen zustimmen würde, die wirklich geeignet sind, den deutschen Boden vor dem Verfall zu retten und die Entvölkerung der östlichen Landschaften aufzuhalten. Der deutsche Arbeiter kann nur an einer kaussträftigen deutschen Landwirtschaft interessiert sein, die dem Arbeitsergebnis seiner Hände einen Markt sichert. Solche wirtschaftlich richtigen Maßnahmen können aber nicht in der Durchführung einer Umschuldungsaktion liegen, die an der eigentlichen Ursache der Krise vorbeizieht, daß nämlich

die Agrarstruktur des heutigen Ostens unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Bedingungen nicht zu halten ist.

Der Reichsminister selbst hat vor kurzer Zeit auf dem Zentrumsparteitag darauf hingewiesen, daß die gesamte verschärfte Schutzgesetzgebung der Landwirtschaft keine rentablen Preise, insbesondere für die Körnerfrucht, zu sichern vermöge. Aus dieser Erkenntnis hätte schließlich die notwendige Folgerung gezogen werden müssen. Das deutsche Land im Osten kann in der Tat nur gerettet werden, wenn es in die Hand von Bauern kommt. Nur der bäuerliche Betrieb und der Siedlungsbetrieb haben sich auch in der gegenwärtigen Notzeit verhältnismäßig krisenfest erwiesen. Der Konturje im Osten ist eine Frage solcher Wirtschaft und erzieherischer Methoden. Das überschuldete Land aufzufangen und in die Hand des Bauern und Siedlers zu überführen, ist das allein zu billige Ziel der Verwendung großer öffentlicher Mittel. Gerade das will die neue Osthilfe ganz ausdrücklich nicht.

So kann es nicht übersehen werden, daß auch der Verstoßung des Ziels die vorgezogenen

Einzelmaßnahmen nicht nur keinen Nutzen bringen, sondern großen Schaden anrichten werden.

Die Notverordnung sieht vor, daß ohne Befragen der Gläubiger die Zinsätze gesenkt werden können. Die Zinskonvertierungspläne der Reichsregierung, die eben erst durch eine einseitige öffentliche Meinung abgewehrt wurden, sind auf diese Weise durch eine Hintertür wieder eingeführt. Die Gerichte sind ausgeschaltet und durch abhängige Verwaltungsbehörden ersetzt worden. Kapitalabschreibungen, Stundungen, Zinsentzug und anderes mehr werden nicht auf den bisher natürlichen Wege der Konturje und Zwangsversteigerungen oder des Aktordes vorgenommen, sondern durch einen nicht berufsständigen staatlichen Machtspruch.

Das alles aber sind Maßnahmen, die gerade der Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsweise hätte vermeiden und die von schweren Folgen begleitet sein müssen, solange die kapitalistische Wirtschaft noch besteht. Die Beseitigung aller Rechtsgarantien und die Aufhebung des natürlichen Risikos, dem auch der agrarische Unternehmer bei der Hingabe seines Geldes immer unterliegt, durch Zwangseingriffe der öffentlichen Hand untergräbt notwendig die Kreditwirtschaft. Die Schließung der Produktionszentren in Breslau, Stettin und Königsberg war bereits die erste Antwort. Ihr wird sehr bald die Unterbindung jeden Kreditverkehrs im Osten folgen.

Darüber hinaus ist aber zu fürchten, daß auch für die Gesamtwirtschaft eine noch weitere Erschütterung des Vertrauens erfolgt. Die letzten Schlägen zu einer organischen Heilung im Osten sind ja jetzt verstopft. Erfolge jetzt staatliche Zwangseingriffe in Gläubigerrechte, so müssen weitgehende schädliche Folgen für den deutschen Kredit eintreten.

Und hierzu ist es wichtig, eines festzustellen: Wenn diese schädlichen Folgen eingetreten sein werden, dem Osten aber wieder nicht geholfen wird, so werden „öffentliche Wirtschaft und Marxismus“ auch für diese Torheiten wieder verantwortlich gemacht werden. Antikapitalismus zu großagrarisches Stützungs-zwecken in reiner Form liegt hier vor, der jetzt bereits sein muß für die kapitalistische Wirtschaft selbst.

## Der Umsatz der Konsumvereine. Wie der Wahnsinn der Lohnsenkung weiterkriecht.

Beim Zentralverband Deutscher Konsumvereine ist im Oktober der durchschnittliche Wochen-Mitgliedsbeitrag gegen September weiter von 6,51 auf 6,45 Mark gesunken gegen noch 8,52 Mark im Oktober 1930 und 9,79 Mark im Jahre 1929. Wenn das auch kein

Bild der gesamten Lohnentwicklung gibt, die günstiger ist, so ist doch der Wahnsinn der Lohn- und Gehaltsenkung hier in seiner Wirkung von neuem erkennbar. Gewöhnlich bringt der Oktober wegen der Vereindeckung des Winterbedarfs gegen September eine Steigerung. Aber die Mitglieder essen immer weniger und schlechter und leben von der Hand in den Mund. Freilich hat die Reichsregierung, wo gegen die wucherischen Kartellindustrien und Großagrarien vorgehen und eine Kontraktstärkung wirklich zu erwarten wäre, auch jetzt noch immer kalte Füße. Staatliche Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsmord ist. Wie lange noch?

## Das Pfund fällt weiter.

### Die Entwicklung der englischen Preise.

Das englische Pfund ist in der letzten Woche fortgesetzt gefallen. Am Donnerstag wurde es in New York mit nur 3,56 gegen 3,62 Dollar am Mittwoch und 3,69 Dollar am Dienstag notiert. In Berlin erreichte der Pfundkurs mit 15,20 Mark (Goldparität 20,40 Mark) den bisher tiefsten Stand seit der Aufhebung des Goldstandards.

Die schweren Rückschläge, denen der Pfundkurs in der letzten Woche ausgesetzt war, sind zum Teil durch die starken Devisen-anforderungen infolge der überhöhten Deutungseinführen vor Inkrafttreten der Notzölle bedingt, zum Teil liegen sie aber auch auf rein kreditpolitischem Gebiet. So sind jetzt größere Dollar-Terminengagements, die noch aus der Zeit vor der Aufhebung des Goldstandards stammen, fällig geworden und beanspruchen entsprechend große Deckungsläufe von Dollardevisen. Außerdem hat mit der neuen rückläufigen Entwicklung des Pfundes ein starkes Pfundangebot aus kontinentalen Staaten, in erster Linie aus Holland und aus Frankreich, eingefloßt.

Ueber die Entwicklung der Preise in England in den ersten zwei Monaten der Pfundentwertung hat das Konjunkturinstitut jetzt eine Untersuchung angestellt. Danach sind die englischen Preise, in Gold gerechnet, seit Mitte September um etwa 10 Prozent gesunken. Die Preise in Papierpfunden weisen dagegen eine steigende Tendenz auf. Dies kommt allerdings bei den Lebenshaltungskosten bisher so gut wie gar nicht zum Ausdruck. So sind die Kosten für Ernährung (1914 = 100) im Monat Oktober insgesamt nur von 126 auf 128 gestiegen. Die Großhandelspreise sind seit Mitte September um mehr als 10 Prozent gestiegen, und zwar sind hieran ziemlich gleichmäßig inländische und ausländische Waren beteiligt. Die Fertigwarenpreise, für die keine Statistik vorliegt, dürften im Durchschnitt weniger gestiegen sein als die Rohstoffpreise, da Löhne und Mieten bisher keine Veränderung erfahren haben.

## Bank für Handel und Grundbesitz.

### Warum so viele Gläubigerschutzverbände?

Man liest jetzt jeden Tag von einem neugegründeten Gläubigerschutzverband der Leidtragenden bei der Bank für Handel und Grundbesitz. Ein halbes Duzend fast ist schon genannt. Die Gründung solcher Verbände ist sicher eine private Angelegenheit, aber die Zersplitterung der Interessenwahrnehmung liegt ebenso sicher nicht im Interesse der Gläubiger. Hier verbessert die Quantität sicher nicht die Qualität. Offenheit und Presse sind auch durch das Nebeneinander solcher Verbände an richtiger Information und an gesamtgesellschaftlich zweckmäßiger Wahrnehmung der Gläubigerinteressen gebündelt.

Im übrigen wäre von den Behörden zu prüfen, inwieweit auch die Haus- und Grundbesitzer-Vereinigungen sowie ihre Wirtschaftsunternehmungen selbst vermögensrechtlich zur Schadenbedeckung herangezogen sind, nachdem es jetzt feststeht, daß volle Personalunion zwischen der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz und der Revisionsvereinigung der Haus- und Grundbesitzer-Institute bestanden hat. Seiffert war gleichzeitig auch der Geschäftsführer der Revisionsvereinigung!

### Eine Erklärung der Bankleitung lautet:

Ueber die Verhältnisse bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz L.G., Berlin, gehen die verschiedensten Nachrichten durch die Presse. Der Vorstand der Bank legt Wert darauf zu erklären, daß die Ermittlungen über den wahren Status des Unternehmens noch nicht abgeschlossen sind. Es liegt deshalb im Interesse der Gläubigerschaft, den Abschluß des Status abzuwarten. Zur Beruhigung darf gesagt werden, daß Inangriffnahmen der Kundendepots bisher nicht festgestellt worden sind.

## Zwölf Milliarden Agrarverschuldung.

### Darunter 7,5 Milliarden Realkredite.

Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft stellt sich nach einer Untersuchung des Konjunkturinstituts Mitte 1931 auf insgesamt 12 Milliarden Mark. Hiervon entfallen rund 4,5 Milliarden auf Personalkredite, der Rest auf Realkredite. Seit Mitte 1930 ist die Verschuldung an Personalkrediten nur noch wenig gewachsen. Auch Realkredite (Hypotheken) wurden nur noch in geringem Umfange ausgenommen.

Die Verschuldung der Landwirtschaft bleibt gegenwärtig hinter der Vorkriegszeit erheblich zurück. Ende 1913 erreichten die Realkredite etwa 13 Milliarden, die Personalkredite 4 bis 4,5 Milliarden Mark, die Gesamtverschuldung stellte sich also auf etwa 17 bis 18 Milliarden Mark. Die Zinsbelastung betrug in der Vorkriegszeit etwa 750 bis 800 Millionen Mark und 1930/31 etwa 900 Millionen Mark.

Gute Gewinne bei der größten belgischen Bank. Die einflussreichste Großbank Belgiens, die Société Générale de Belgique, verzeichnet für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 im Gegensatz zu den meisten europäischen Großbanken eine offenbar sehr günstige Entwicklung. Wie der Gouverneur der Bank, Louis Jean Jadot, dieser Tage ausführt, sind die Gewinne zwar etwas niedriger als im vergangenen Jahr, aber „unter den gegebenen Umständen sehr zufriedenstellend“. Wenn diese Gewinnentwicklung anhält und kein außerordentliches Ereignis eintritt, so werde auch diesmal den Aktionären eine reichliche Dividende zufließen können.

## Coffeinfreier Kaffee Hag:

niemals schädlich, immer vorzüglich.

## Coffeinfrei und Hag, darauf kommt's an!







